

1. Montag

Nr. 17

München, den 15. Juli

1982

2. Spatschnecke
3. Vogt

Datum	Inhalt	Seite
28. 5. 1982	Verordnung über das Naturschutzgebiet „Riedboden“	383
14. 6. 1982	Vierte Verordnung zur Änderung der Zweiten Verordnung zum Vollzug des Viehseuchenrechts	389
15. 6. 1982	Verordnung zur Änderung der Hochschulprüfer-Verordnung	390
18. 6. 1982	Siebente Verordnung zur Änderung der Verordnung über die Ausbildungsrichtungen und Fachrichtungen der Fachakademien	390
18. 6. 1982	Verordnung über die Ausübung des Unterrichts als Berg- und Skiführer in Bayern	391
21. 6. 1982	Verordnung zur Übertragung von Aufgaben nach dem Bundesbaugesetz auf den Zweckverband Donau-Hafen Deggendorf	393
24. 6. 1982	Verordnung zur Übertragung von Aufgaben der Lastverteilung für elektrische Energie auf Gruppenlastverteiler (Elektrizitätsgruppenlastverteilungs-Verordnung — EltGrLastVO)	394
29. 6. 1982	Verordnung zur Änderung der Badeverordnung	408
29. 6. 1982	Verordnung über die Festsetzung der Zulassungszahlen der im Studienjahr 1982/83 an wissenschaftlichen Hochschulen in den wissenschaftlichen Studiengängen als Studienanfänger sowie im höheren Fachsemester aufzunehmenden Bewerber (Zulassungszahlverordnung 1982/83)	409
29. 6. 1982	Verordnung zur Festsetzung von Curricularnormwerten (Curricularnormwertverordnung — CNWW)	415
29. 6. 1982	Vierte Verordnung zur Änderung der Verordnung über die befristete Immatrikulation und das Weiterstudium von Studenten an Hochschulen mit Teilstudiengängen	417
29. 6. 1982	Zweite Verordnung zur Änderung der Hochschulvergabeverordnung	417
23. 6. 1982	Bekanntmachung über die Verbindlicherklärung des sachlichen Teilabschnitts „Gebiete, die zu Bannwald erklärt werden sollen“ des Regionalplans der Region Allgäu	418
—	Hinweis auf die amtliche Veröffentlichung von Verordnungen im KMBI, Teil I	418

**Verordnung
über das Naturschutzgebiet
„Riedboden“**

Vom 28. Mai 1982

Auf Grund von Art. 7, Art. 45 Abs. 1 Nr. 2 und Art. 37 Abs. 2 Nr. 1 des Bayerischen Naturschutzgesetzes (BayNatSchG) erläßt das Bayerische Staatsministerium für Landesentwicklung und Umweltfragen folgende Verordnung:

§ 1

Schutzgegenstand

Die Wildflußlandschaft der Isar mit den angrenzenden Bereichen im Markt Mittenwald, Landkreis Garmisch-Partenkirchen, wird unter der Bezeichnung „Riedboden“ in den in § 2 näher bezeichneten Grenzen als Naturschutzgebiet geschützt.

§ 2

Schutzgebietsgrenzen

(1) Das Schutzgebiet hat eine Größe von 140 Hektar und liegt im Markt Mittenwald, Gemarkung Mittenwald.

(2) Die Grenzen des Schutzgebietes ergeben sich aus der Schutzgebietskarte (**Anlage**), die Bestandteil dieser Verordnung ist.

§ 3

Schutzzweck

Zweck der Festlegung des Naturschutzgebietes ist es,

1. den Wildflußcharakter der Isar zu erhalten,
2. den Artenreichtum und die Entwicklungsstadien der Pflanzengesellschaften zu bewahren,
3. die geologische Besonderheit der Buckelwiesen und die durch die Tier- und Pflanzenwelt bestimmte natürliche Eigenart des Gebietes zu schützen.

§ 4

Verbote

(1) ¹Im Naturschutzgebiet ist nach Art. 7 Abs. 3 BayNatSchG jede Veränderung verboten, insbesondere jede Maßnahme, die zu einer Zerstörung, Beschädigung oder Umgestaltung dieses Gebietes oder seiner Bestandteile führen kann. ²Es ist deshalb vor allem verboten:

1. bauliche Anlagen im Sinne der Bayerischen Bauordnung zu errichten oder zu ändern,
2. Bodenbestandteile abzubauen, Aufschüttungen, Ablagerungen, Grabungen, Sprengungen oder Bohrungen vorzunehmen oder die Bodengestalt in sonstiger Weise zu verändern,
3. Straßen, Wege, Pfade, Steige oder Plätze neu anzulegen oder bestehende zu verändern,
4. oberirdisch über den zugelassenen Gemeingebrauch hinaus oder unterirdisch Wasser zu entnehmen, die natürlichen Wasserläufe und Wasserflächen einschließlich deren Ufer, den Grundwasserstand oder den Zu- und Ablauf des Wassers zu verändern oder neue Gewässer anzulegen,
5. Leitungen zu errichten oder zu verlegen,
6. Einzelgehölze, Baumgruppen oder Gebüsche, insbesondere Schirmkiefern, Schirmfichten, Latschen oder Spirkenbestände zu beseitigen,
7. die Lebensbereiche (Biotope) der Tiere und Pflanzen zu stören oder nachteilig zu verändern, insbesondere sie durch chemische oder mechanische Maßnahmen zu beeinflussen,
8. Pflanzen einzubringen oder Tiere auszusetzen,
9. Pflanzen oder Pflanzenbestandteile zu entnehmen oder zu beschädigen oder deren Wurzeln, Knollen oder Zwiebeln auszureißen, auszugraben oder mitzunehmen,
10. freilebenden Tieren nachzustellen, sie zu fangen oder zu töten, Brut- und Wohnstätten oder Gelege solcher Tiere fortzunehmen oder zu beschädigen,
11. Sachen im Gelände zu lagern,
12. Feuer anzumachen,
13. Bild- oder Schrifttafeln anzubringen,
14. eine andere als die nach § 5 zugelassene wirtschaftliche Nutzung auszuüben.

(2) Im Naturschutzgebiet ist es nach Art. 7 Abs. 1 Satz 2 BayNatSchG verboten:

1. außerhalb der dem öffentlichen Verkehr gewidmeten Straßen mit Fahrzeugen aller Art oder mit Wohnwagen zu fahren oder diese dort abzustellen sowie außerhalb der zugelassenen Wege zu reiten,
2. zu zelten,
3. Loipen ohne vorherige Erlaubnis des Landratsamts Garmisch-Partenkirchen als unterer Naturschutzbehörde mit Motorschlitten anzulegen, zu unterhalten oder zu verändern,
4. zu lärmern oder Tonübertragungs- oder Tonwiedergabegeräte zu benutzen.

§ 5

Ausnahmen

Ausgenommen von den Verboten nach Art. 7 Abs. 3 BayNatSchG und § 4 dieser Verordnung sind:

1. die ordnungsgemäße land- und forstwirtschaftliche Bodennutzung, insbesondere die Ausübung der bestehenden Weidrechte und der unwiderruflichen

Weidevergünstigungen sowie Maßnahmen im Rahmen der Trennung von Wald und Weide, ferner die für diese Nutzung notwendige Instandhaltung bestehender Hütten und Wege; es gilt jedoch § 4 Abs. 1 Nr. 6,

2. die rechtmäßige Ausübung der Jagd sowie Aufgaben des Jagdschutzes,
3. die rechtmäßige Ausübung der Fischerei,
4. Unterhaltungsmaßnahmen an den Straßen, Wegen und Gewässern im gesetzlich zulässigen Umfang und in Abstimmung mit dem Schutzzweck,
5. das Aufstellen oder Anbringen von Zeichen oder Schildern, die auf den Schutz oder die Bedeutung des Gebietes hinweisen, oder von Wegemarkierungen, Warntafeln, Ortshinweisen, Sperrzeichen oder sonstigen Absperrungen, wenn die Maßnahme auf Veranlassung des Landratsamts Garmisch-Partenkirchen als unterer Naturschutzbehörde erfolgt,
6. die zur Erhaltung der Funktionsfähigkeit des Schutzgebietes notwendigen und von den Naturschutzbehörden angeordneten Überwachungs-, Schutz- und Pflegemaßnahmen.

§ 6

Befreiungen

(1) Von den Verboten des Bayerischen Naturschutzgesetzes und dieser Verordnung kann gemäß Art. 49 BayNatSchG in Einzelfällen Befreiung erteilt werden, wenn

1. überwiegende Gründe des allgemeinen Wohls die Befreiung erfordern oder
2. die Befolgung des Verbots zu einer offenbar nicht beabsichtigten Härte führen würde und die Abweichung mit den öffentlichen Belangen im Sinne des Bayerischen Naturschutzgesetzes, insbesondere mit den Zwecken des Naturschutzgebietes „Riedboden“ vereinbar ist.

(2) Zuständig zur Erteilung der Befreiung ist die Regierung von Oberbayern als höhere Naturschutzbehörde, soweit nicht nach Art. 49 Abs. 3 Satz 1 Halbsatz 2 BayNatSchG die oberste Naturschutzbehörde zuständig ist.

§ 7

Ordnungswidrigkeiten

(1) Nach Art. 52 Abs. 1 Nr. 1 BayNatSchG kann mit Geldbuße bis zu fünfzigtausend Deutsche Mark belegt werden, wer vorsätzlich oder fahrlässig entgegen Art. 7 Abs. 3 BayNatSchG im Naturschutzgebiet Veränderungen vornimmt, insbesondere den Verboten des § 4 Abs. 1 dieser Verordnung zuwiderhandelt.

(2) Nach Art. 52 Abs. 1 Nr. 4 BayNatSchG kann mit Geldbuße bis zu fünfzigtausend Deutsche Mark belegt werden, wer vorsätzlich oder fahrlässig einem Verbot des § 4 Abs. 2 dieser Verordnung über das Fahren und Abstellen von Wohnwagen und Fahrzeugen aller Art, das Reiten, das Zelten, das Anlegen, Unterhalten oder Verändern von Loipen, das Lärmen oder das Benutzen von Tonübertragungs- oder Tonwiedergabegeräten zuwiderhandelt.

§ 8

Inkrafttreten

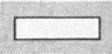
Diese Verordnung tritt am 16. Juli 1982 in Kraft.

München, den 28. Mai 1982

**Bayerisches Staatsministerium
für Landesentwicklung und Umweltfragen**

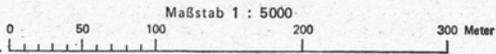
Alfred Dick, Staatsminister

SCHUTZGEBIETSKARTE
zur Verordnung über das Naturschutzgebiet
„Riedboden“
vom 28.Mai 1982
(eingetragen im Landesnaturschutzbuch Nr.82/OB)

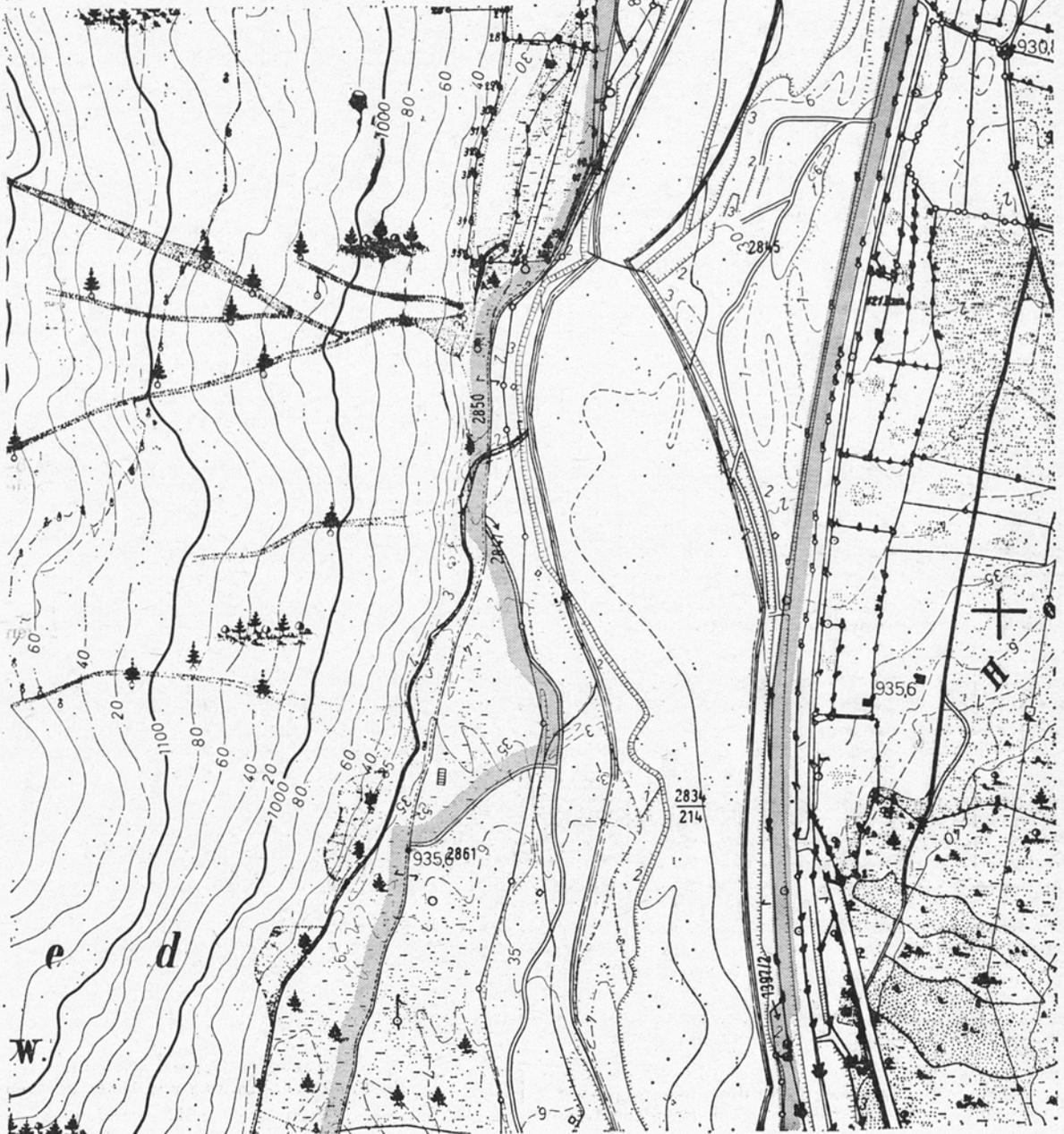


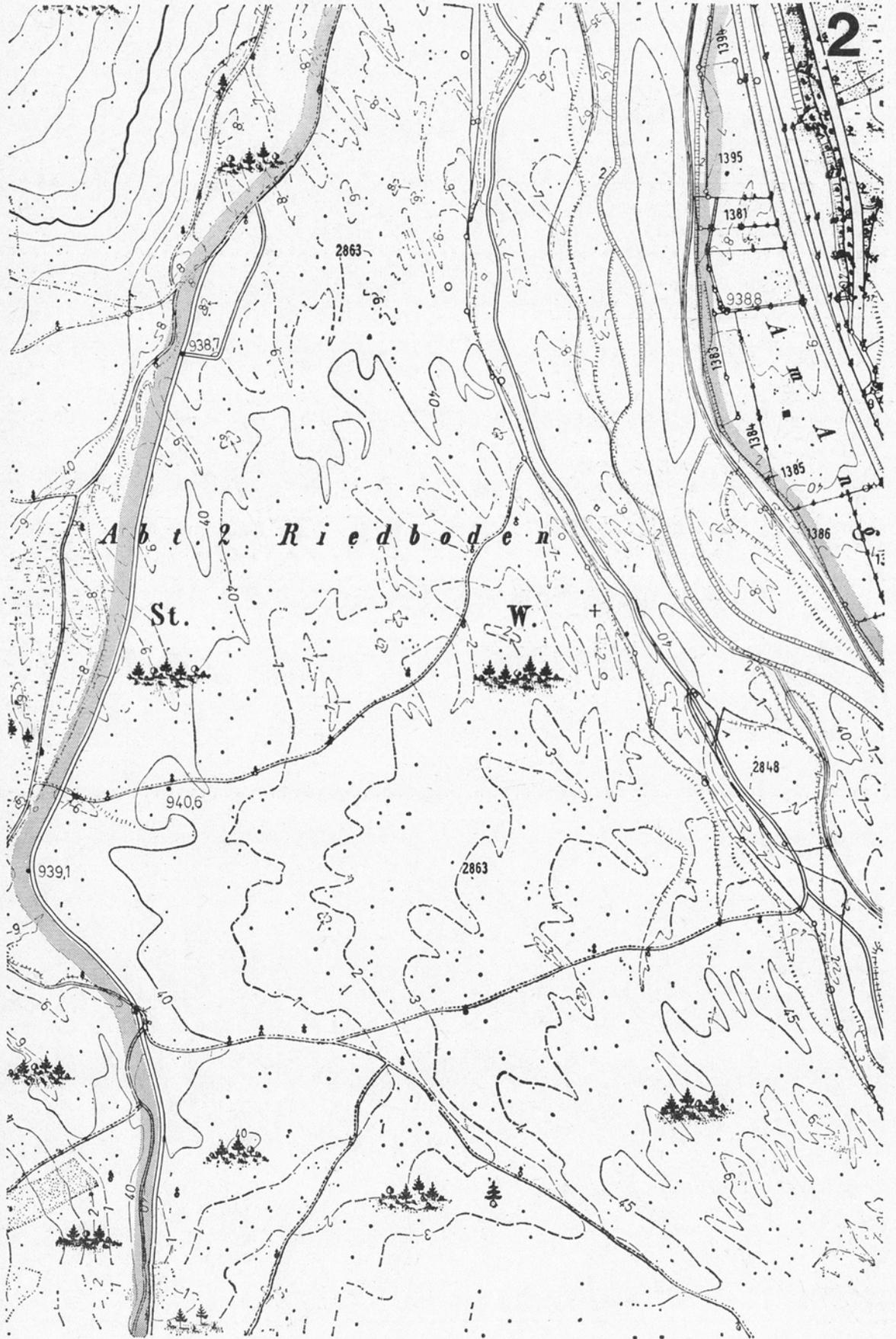
Naturschutzgebiet

Ausschnitt aus den Flurkarten SW XXXV.11,
XXXVI.10 und XXXVI.11
herausgegeben vom Bayerischen Landesvermessungsamt

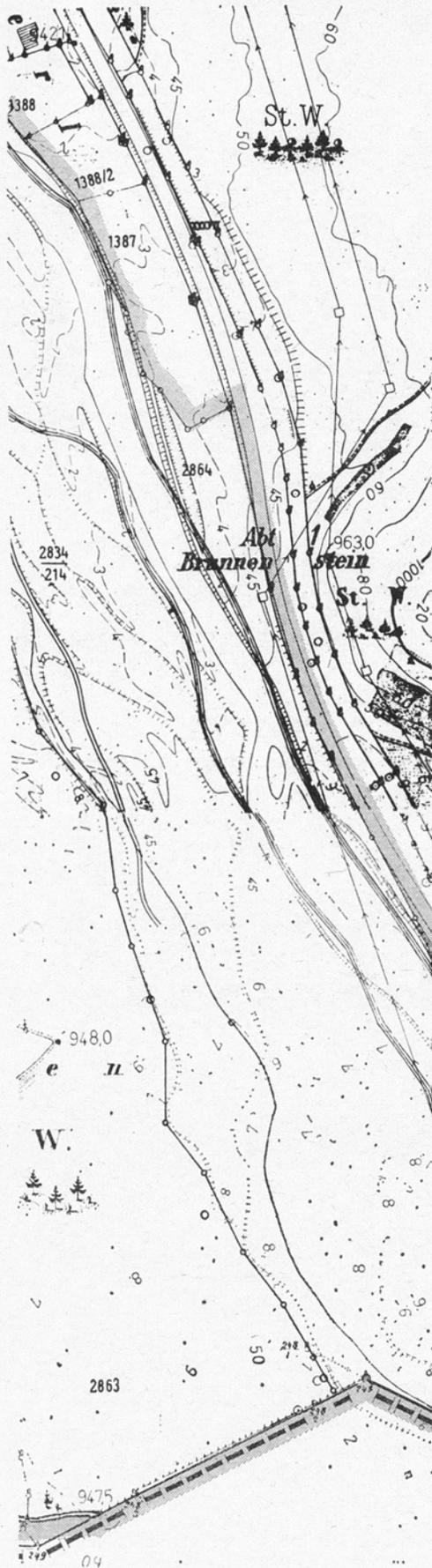


Blattübersicht *siehe* Blatt 3.

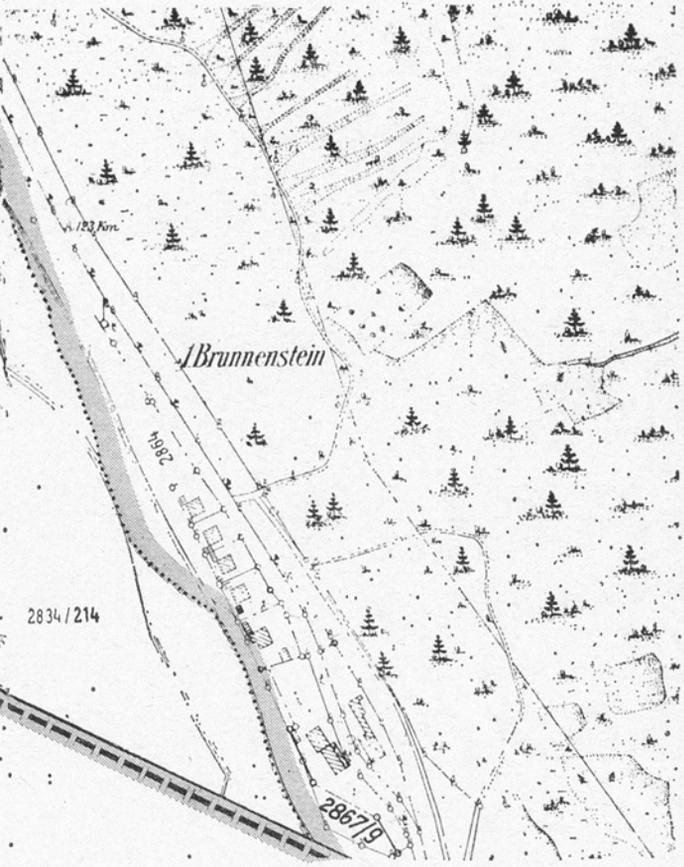
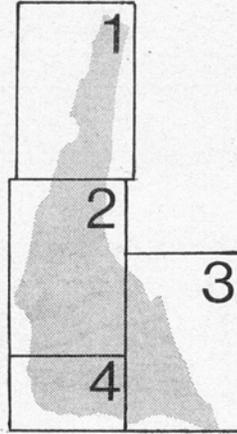


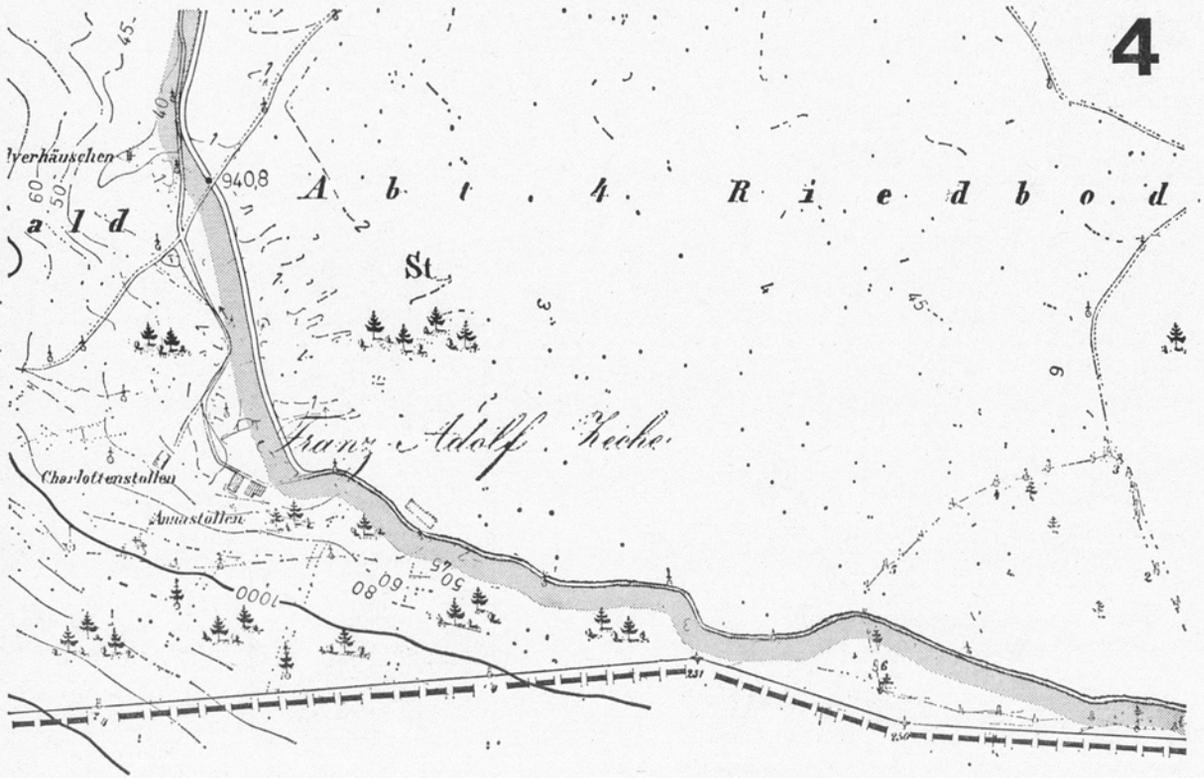


3



Blattübersicht





Vierte Verordnung zur Änderung der Zweiten Verordnung zum Vollzug des Viehseuchenrechts

Vom 14. Juni 1982

Auf Grund des Art. 1 Abs. 2 des Gesetzes über den Vollzug des Tierseuchenrechts vom 8. April 1974 (GVBl S. 152), geändert durch Gesetz vom 27. Juni 1978 (GVBl S. 335), und des § 79 Abs. 2 des Tierseuchengesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 28. März 1980 (BGBl I S. 386) in Verbindung mit § 1 Abs. 2 der Ersten Verordnung zum Vollzug des Viehseuchenrechts vom 18. Februar 1975 (GVBl S. 17) erläßt das Bayerische Staatsministerium des Innern folgende Verordnung:

§ 1

Die Zweite Verordnung zum Vollzug des Viehseuchenrechts vom 3. Mai 1977 (GVBl S. 255), zuletzt geändert durch Verordnung vom 12. November 1980 (GVBl S. 694), wird wie folgt geändert:

1. § 1 erhält folgende Fassung:

„§ 1

Begriffsbestimmungen

(1) Gesetz im Sinne dieser Verordnung ist das Tierseuchengesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 28. März 1980 (BGBl I S. 386).

(2) Vollzugsgesetz im Sinne dieser Verordnung ist das Gesetz über den Vollzug des Tierseuchenrechts vom 8. April 1974 (GVBl S. 152), geändert durch Gesetz vom 27. Juni 1978 (GVBl S. 335).“

2. § 2 erhält in den Absätzen 2 mit 4 folgende Fassung:

„(2) Die Regierung ist zuständige Behörde

1. nach § 17d Abs. 1 Satz 1, Abs. 2 Satz 2 und Abs. 3, § 17e Satz 2 und § 79 Abs. 4 des Gesetzes,
2. für Entscheidungen über die Entschädigungen für Tierverluste nach Art. 4 Abs. 1 des Vollzugsgesetzes,
3. nach § 3 Abs. 2 Nrn. 1 und 2 der Tollwut-Verordnung vom 11. März 1977 (BGBl I S. 444),
4. nach § 5 der Rinder-Salmonellose-Verordnung vom 6. Januar 1972 (BGBl I S. 7),
5. nach § 7 Abs. 2 und § 12 der Geflügelpest-Verordnung vom 19. Dezember 1972 (BGBl I S. 2509), zuletzt geändert durch Verordnung vom 23. April 1982 (BGBl I S. 503),
6. nach § 5 Abs. 2 der Verordnung zum Schutze gegen die Maul- und Klauenseuche vom 4. April 1966 (BGBl I S. 205),
7. nach § 2 der Tuberkulose-Verordnung vom 16. Juni 1972 (BGBl I S. 915), zuletzt geändert durch Verordnung vom 21. Januar 1981 (BGBl I S. 130),
8. nach § 2 der Brucellose-Verordnung vom 26. Juni 1972 (BGBl I S. 1046), geändert durch Verordnung vom 22. November 1979 (BGBl I S. 1949),
9. nach § 12 Abs. 2 und 3 der Deckinfektionen-Verordnung-Rinder vom 3. Juni 1975 (BGBl I S. 1307),
10. nach § 2 Abs. 1 Satz 3 und § 7 der Verordnung zum Schutz gegen die ansteckende Blutarmut der Einhufer vom 2. Juli 1975 (BGBl I S. 1845),
11. nach § 6 Abs. 2 und 3, §§ 7 und 15 Abs. 2 der Schweinepest-Verordnung vom 12. November

1975 (BGBl I S. 2852), zuletzt geändert durch Verordnung vom 23. April 1982 (BGBl I S. 503),

12. nach § 3 Satz 2 der Leukose-Verordnung-Rinder in der Fassung der Bekanntmachung vom 2. April 1980 (BGBl I S. 417),
13. nach §§ 3, 28 und 37 der Impfstoffverordnung-Tiere vom 2. Januar 1978 (BGBl I S. 15),
14. nach § 4 Abs. 2 Nr. 1 und § 5 Abs. 2 Nr. 1 der Einfuhrverordnung Futtermittel tierischer Herkunft vom 15. August 1978 (BGBl I S. 1375),
15. nach § 4 der Dritten Verordnung zum Schutz gegen die Maul- und Klauenseuche vom 29. Januar 1971 (BGBl I S. 74), geändert durch Verordnung vom 29. Juni 1979 (BGBl I S. 885),
16. nach § 3 Abs. 2 Nr. 1 der Verordnung zum Schutz gegen die Aujeszkysche Krankheit vom 30. April 1980 (BGBl I S. 488),
17. nach § 3 Abs. 2 der Fischseuchen-Schutzverordnung vom 24. März 1982 (BGBl I S. 382),
18. nach § 3 Abs. 4 und § 4 Abs. 3 der Viehverkehrsverordnung vom 23. April 1982 (BGBl I S. 503).

(3) Das Staatsministerium des Innern ist zuständige Behörde

1. nach § 2 der Verordnung zum Schutze gegen die Maul- und Klauenseuche vom 4. April 1966,
2. nach § 2 der Verordnung zum Schutze gegen die Rinderpest vom 15. Juni 1966 (BGBl I S. 381),
3. nach § 1 der Dritten Verordnung zum Schutz gegen die Maul- und Klauenseuche,
4. nach § 5 Abs. 3 der Bienenseuchenverordnung vom 10. April 1972 (BGBl I S. 594), zuletzt geändert durch Verordnung vom 18. April 1980 (BGBl I S. 441),
5. nach § 4 Abs. 1 der Klauentiere-Ausfuhrverordnung vom 28. Juli 1981 (BGBl I S. 723),
6. nach § 6 Abs. 1 Nr. 1, Abs. 3 und 4, § 15 Abs. 4 der Klauentiere-Einfuhrverordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 27. September 1978 (BGBl I S. 1618), zuletzt geändert durch Verordnung vom 23. Juli 1981 (BGBl I S. 719),
7. nach § 5 Abs. 3 der Geflügelpest-Verordnung,
8. nach § 2 Abs. 3 der Schweinepest-Verordnung,
9. nach § 1 Abs. 2 Nr. 4 Buchst. a und § 6 der Leukose-Verordnung-Rinder,
10. nach § 34 der Impfstoffverordnung-Tiere.

(4) Das Veterinäramt ist zuständige Behörde

1. nach § 13 Abs. 3 Satz 2 der Tollwut-Verordnung,
 2. nach § 6 Abs. 2 Sätze 2, 3 und 5 und Abs. 3 Satz 1 der Einfuhrverordnung Futtermittel tierischer Herkunft,
 3. nach Nummer 1.1 der Allgemeinen Verwaltungsvorschrift über Tierseuchennachrichten vom 21. Dezember 1978 (GMBI Nr. 41),
 4. nach § 1 Abs. 5 der Verordnung über die Einfuhr und die Durchfuhr von Hunden und Hauskatzen vom 30. Januar 1981 (BGBl I S. 143),
 5. nach § 5 der Fischseuchen-Schutzverordnung.“
3. In § 257 werden die Nummern 3 mit 19, 22 und 23 aufgehoben.

§ 2

(1) Diese Verordnung tritt am 1. August 1982 in Kraft.

(2) Abweichend von Absatz 1 treten jedoch

1. § 1 Nr. 2 Abs. 2 Nr. 18 am 1. Oktober 1982,
 2. § 1 Nr. 2 Abs. 4 Nr. 5 am 1. Januar 1983
- in Kraft.

München, den 14. Juni 1982

Bayerisches Staatsministerium des Innern
G. T a n d l e r, Staatsminister

Verordnung zur Änderung der Hochschulprüfer-Verordnung

Vom 15. Juni 1982

Auf Grund des Art. 69 Abs. 5 Satz 1 Nr. 2 in Verbindung mit Art. 111 des Bayerischen Hochschulgesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 7. November 1978 (GVBl S. 791, ber. S. 958), zuletzt geändert durch Gesetz vom 22. Oktober 1981 (GVBl S. 465), erläßt das Bayerische Staatsministerium für Unterricht und Kultus folgende Verordnung:

§ 1

Die Verordnung über die Befugnis zur Abnahme von Hochschulprüfungen an wissenschaftlichen Hochschulen, Gesamthochschulen, Kunsthochschulen und der Hochschule für Fernsehen und Film (Hochschulprüfer-Verordnung) vom 2. Juli 1979 (GVBl S. 200) wird wie folgt geändert:

Dem § 3 wird folgender neue Absatz 3 angefügt:

„(3) ¹Zur Abnahme von Fremdsprachenprüfungen im Rahmen von Diplomprüfungen sind auch die in § 2 Abs. 1 Nr. 6 genannten Personen befugt, wenn sie als Lektoren tätig sind (Art. 27 Abs. 3 BayHSchLG) und eine Unterrichtstätigkeit von mindestens einem Jahr an einer wissenschaftlichen Hochschule im Gel-

tungsbereich des Grundgesetzes ausgeübt haben. ²Der Hochschullehrer, der die entsprechende Fremdsprache an der Hochschule vertritt, kann dem Lektor Weisungen hinsichtlich des Prüfungsstoffes erteilen. ³Bei Fehlen eines entsprechenden Hochschullehrers oder bei dessen Verhinderung geht die Weisungsbefugnis auf den Vorsitzenden des für die Durchführung der Diplomprüfung zuständigen Prüfungsausschusses über. ⁴Lektoren dürfen jeweils für einen Prüfungstermin und nur dann zu Prüfern bestellt werden, wenn andere Prüfer dieses Faches nicht zur Verfügung stehen und deshalb die Prüfung sonst nicht durchgeführt werden kann; Wiederbestellung ist zulässig.“

§ 2

Diese Verordnung tritt mit Wirkung vom 15. Juni 1982 in Kraft.

München, den 15. Juni 1982

**Bayerisches Staatsministerium
für Unterricht und Kultus**

Prof. Hans Maier, Staatsminister

Diese Verordnung wurde bereits im Bayerischen Staatsanzeiger Nr. 26 vom 2. Juli 1982 bekanntgemacht.

Siebente Verordnung zur Änderung der Verordnung über die Ausbildungsrichtungen und Fach- richtungen der Fachakademien

Vom 18. Juni 1982

Auf Grund von Art. 64 Abs. 2, Art. 68 Abs. 1, Art. 70 Abs. 1 und Art. 71 Abs. 1 des Gesetzes über das berufliche Schulwesen vom 15. Juli 1972 (GVBl S. 198), zuletzt geändert durch Gesetz vom 6. August 1981 (GVBl S. 300), erläßt das Bayerische Staatsministerium für Unterricht und Kultus, soweit erforderlich im Einvernehmen mit dem Bayerischen Staatsministerium der Finanzen, folgende Verordnung:

§ 1

In § 2 Abs. 1 der Verordnung über die Ausbildungsrichtungen und Fachrichtungen der Fachakademien vom 23. Januar 1973 (GVBl S. 37), zuletzt geändert durch Verordnung vom 22. Oktober 1979 (GVBl S. 361), werden nach dem Wort „Gemeindepastoral“ die Worte „Darstellende Kunst“ eingefügt.

§ 2

Diese Verordnung tritt am 1. Juli 1982 in Kraft.

München, den 18. Juni 1982

**Bayerisches Staatsministerium
für Unterricht und Kultus**

Prof. Hans Maier, Staatsminister

Verordnung über die Ausübung des Unterrichts als Berg- und Skiführer in Bayern

Vom 18. Juni 1982

Auf Grund des Art. 43 Abs. 3 des Gesetzes über das Erziehungs- und Unterrichtswesen (EUG) vom 9. März 1960 (GVBl S. 19), zuletzt geändert durch Gesetz vom 21. Mai 1980 (GVBl S. 218), erläßt das Bayerische Staatsministerium für Unterricht und Kultus folgende Verordnung:

§ 1

Begriffsbestimmung

(1) Die Vorschriften dieser Verordnung gelten vorbehaltlich §§ 6 und 7 für die Erteilung von Unterricht durch Bergsteigerschulen.

(2) ¹Bergsteigerschulen sind auf die Erteilung von Unterricht in Techniken des Bergsteigens und Skibergsteigens einschließlich der zugehörigen Führungen im Sommer und Winter ausgerichtet. ²Jeder erwerbsmäßige Unterricht von Einzelpersonen oder einer Personenmehrheit, unabhängig von der Dauer der Unterweisung, gilt als Bergsteigerschule.

(3) Eine Bergsteigerschule leitet, wer selbständig, sei es allein oder mit weiteren Lehrkräften, Unterricht in Techniken des Bergsteigens und Skibergsteigens einschließlich der zugehörigen Führungen im Sommer und Winter erteilt.

(4) Die Erteilung des Unterrichts in Techniken des Bergsteigens und Skibergsteigens einschließlich der zugehörigen Führungen im Sommer und Winter ist erwerbsmäßig, wenn hierfür von den Teilnehmern oder von dritten Personen ein Entgelt geleistet wird, und zwar unabhängig davon, ob die Höhe des Entgelts fest vereinbart oder in das Ermessen der Teilnehmer gestellt wird.

§ 2

Leiter von Bergsteigerschulen

(1) Leiter einer Bergsteigerschule darf nur sein, wer die staatliche Berg- und Skiführerprüfung gemäß § 82 der Ausbildungs- und Prüfungsordnung für Fachsportlehrer im freien Beruf (APOFspl) vom 29. November 1973 (GVBl 1974 S. 6), zuletzt geändert durch Verordnung vom 24. Mai 1978 (GVBl S. 340), abgelegt hat.

(2) Personen, die Prüfungen außerhalb Bayerns erfolgreich abgelegt haben, können nur dann Leiter von Bergsteigerschulen sein, wenn das Sportzentrum der Technischen Universität München die Gleichwertigkeit der Prüfungen mit der in Absatz 1 genannten Prüfung generell oder im Einzelfall bestätigt hat.

(3) ¹Die Leiter der Bergsteigerschulen haben in zweijährigem Turnus an einem Fortbildungslehrgang teilzunehmen, der das für ihre Tätigkeit erforderliche Wissen und Können auf neuestem Stand vermittelt. ²Die Fortbildungslehrgänge müssen von der Ausbildungskommission für Berg- und Skiführer anerkannt sein, in der der Deutsche Alpenverein und der Verband Deutscher Berg- und Skiführer gemäß § 2 Abs. 2 APOFspl zusammenwirken.

§ 3

Lehrkräfte an Bergsteigerschulen

Der Leiter einer Bergsteigerschule darf weitere staatlich geprüfte Berg- und Skiführer bzw. Inhaber von gemäß § 2 Abs. 2 gleichwerteten Zeugnissen

sowie gemäß § 4 Abs. 4 Anwärter für die Berg- und Skiführerprüfung in einem gemäß § 9 APOFspl genehmigten Praktikum während der Laufzeit der Genehmigung als Lehrkräfte für den Unterricht in Techniken des Bergsteigens und Skibergsteigens einschließlich der zugehörigen Führungen im Sommer und Winter einsetzen.

§ 4

Hilfslehrer an Bergsteigerschulen

(1) ¹Soweit zur Aufrechterhaltung einer geordneten Bergsteigerausbildung in Zeiten besonderen Andranges Lehrkräfte nach § 3 nicht in ausreichender Anzahl zur Verfügung stehen, darf der Leiter der Schule Hilfslehrer zur Erteilung von Unterricht einsetzen, die die erforderlichen Kenntnisse, Fähigkeiten und Fertigkeiten im Bergsteigen und Skibergsteigen, Geschick für den Unterricht in Techniken des Bergsteigens und Skibergsteigens einschließlich der zugehörigen Führungen im Sommer und Winter sowie eine Ausbildung in Erster Hilfe nachweisen. ²Hilfslehrer müssen ferner mindestens 18 Jahre alt sein.

(2) ¹Der Leiter einer Bergsteigerschule hat die Hilfslehrer so sorgfältig auszuwählen, in ihre Tätigkeit einzuweisen und zu überwachen, daß Gefahren für die Sicherheit und Gesundheit der Teilnehmer oder anderer Bergsteiger vermieden werden. ²Seiner Verpflichtung zur Überwachung der Hilfslehrer kommt der Leiter der Bergsteigerschule nur nach, wenn er sie wenigstens zeitweise auch bei der Erteilung des Unterrichts und bei Führungen selbst beobachtet oder durch bei ihm angestellte staatlich geprüfte Berg- und Skiführer beobachten läßt und den Einsatz der Lehrkräfte und Hilfslehrer so regelt, daß ein staatlich geprüfter Berg- und Skiführer jeweils höchstens einen Hilfslehrer zu überwachen hat.

(3) Sofern in Ausnahmefällen Hilfslehrer mit Einzelführungen betraut werden, muß die Routenwahl und die Durchführung vom Leiter der Bergsteigerschule vorher genehmigt werden; von der genehmigten Route darf nur aus zwingenden Gründen abgewichen werden.

(4) ¹Der Leiter einer Bergsteigerschule darf höchstens einen Anwärter oder Hilfslehrer einsetzen. ²Beschäftigt er staatlich geprüfte Berg- und Skiführer als Lehrkräfte, so vervielfacht sich diese Höchstzahl um deren Anzahl.

§ 5

Untersagung

Eine Bergsteigerschule, die unter Mißachtung von Vorschriften dieser Verordnung betrieben wird, kann gemäß Art. 26 in Verbindung mit Art. 24 EUG untersagt werden, wenn den Mängeln trotz Aufforderung der Schulaufsichtsbehörde nicht innerhalb einer festzulegenden Frist von längstens drei Tagen abgeholfen worden ist.

§ 6

Ausnahmen

Den Bestimmungen dieser Verordnung unterliegt nicht der Unterricht in Bergsteigen und Skibergsteigen einschließlich der zugehörigen Führungen im Sommer und Winter im Rahmen

1. der dienstlichen Ausbildung in Bundeswehr, Bundesgrenzschutz, Polizei oder in einer ähnlichen staatlichen Einrichtung,
2. der Ausbildung in Bergrettungsorganisationen für ihre Mitglieder,
3. von Schul- und Hochschulveranstaltungen sowie von Lehrgängen der Kurzschulen der Deutschen Gesellschaft für Europäische Erziehung,
4. der Tätigkeit des Deutschen Alpenvereins, des Landesverbandes Bayern des Touristenvereins „Die Naturfreunde“ oder entsprechender alpiner Verbände, soweit sich diese Tätigkeit ausschließlich an Mitglieder wendet und von dafür geeigneten Ausbildern durchgeführt wird.

§ 7

Änderung der Verordnung
über die Ausübung des Unterrichts
als Skilehrer

Die **Verordnung über die Ausübung des Unterrichts als Skilehrer** vom 25. November 1971 (GVBl S. 456), zuletzt geändert durch Verordnung vom 16. Oktober 1981 (GVBl S. 479), wird wie folgt geändert:

1. § 1 Abs. 2 Satz 2 erhält folgende Fassung:

„Jede erwerbsmäßige Unterweisung von Einzelpersonen oder einer Personenmehrheit, unabhängig davon, ob diese Personen gleichzeitig oder in Einzelkursen unterrichtet werden, und unabhängig von der Dauer der Unterweisung gilt bei Erteilung von Skiunterricht als Skischule und bei Erteilung von Skilanglaufunterricht als Skilanglaufschule.“

2. § 2 erhält folgende Fassung:

„§ 2

Leiter von Skischulen und Skilanglaufschulen

(1) Leiter einer Skischule darf nur sein, wer die staatliche Skilehrerprüfung gemäß § 65 Ausbildungs- und Prüfungsordnung für Fachsportlehrer im freien Beruf (APOFspl) vom 29. November 1973 (GVBl 1974 S. 6), zuletzt geändert durch Verordnung vom 24. Mai 1978 (GVBl S. 340), abgelegt hat. Leiter einer Skilanglaufschule darf nur sein, wer die staatliche Skilehrerprüfung oder die staatliche Skilanglauflehrerprüfung jeweils gemäß § 65 APOFspl abgelegt hat. Den staatlich geprüften Skilehrern gleichgestellt sind die durch die Bekanntmachung des Staatsministeriums für Unterricht und Kultus über den Unterricht in Leibesübungen an nichtstaatlichen Erziehungs- und Unterrichtsunternehmen vom 27. Juni 1957 (BayBSVK S. 2405) staatlich anerkannten Skilehrer.

(2) Personen, die Prüfungen außerhalb Bayerns erfolgreich abgelegt haben, können nur dann Leiter von Skischulen oder Skilanglaufschulen sein, wenn das Sportzentrum der Technischen Universität München die Gleichwertigkeit der Prüfungen mit den in Absatz 1 Sätze 1 und 2 genannten Prüfungen generell oder im Einzelfall bestätigt hat.“

3. § 3 Satz 1 erhält folgende Fassung:

„Der Leiter einer Skischule darf weitere staatlich geprüfte oder staatlich anerkannte Skilehrer bzw. Inhaber von gemäß § 2 Abs. 2 gleichgewerten Zeugnissen, Verbandsskilehrer gemäß § 62 sowie Anwärter für die Skilehrerprüfung in einem gemäß § 9 APOFspl genehmigten Praktikum während der Laufzeit der Genehmigung als Lehrkräfte für die Erteilung eines Skiunterrichts einsetzen.“

4. § 4 Abs. 1 und 2 erhält folgende Fassung:

„(1) Soweit zur Aufrechterhaltung eines geordneten Skischulbetriebs in Zeiten besonderen Andrangs Lehrkräfte nach § 3 nicht in ausreichender Anzahl zur Verfügung stehen, darf der Leiter der Skischule Hilfslehrer zur Erteilung von Skiunterricht einsetzen, die die erforderlichen Kenntnisse, Fähigkeiten und Fertigkeiten im Skilaufen und Geschick für den Skiunterricht besitzen sowie eine Ausbildung in Erster Hilfe nachweisen. Hilfslehrer müssen ferner mindestens 18 Jahre alt sein.

(2) Der Leiter der Skischule hat die Hilfslehrer so sorgfältig auszuwählen, in ihre Tätigkeit einzuweisen und zu überwachen, daß Gefahren für die Sicherheit und Gesundheit der Teilnehmer oder anderer Skiläufer vermieden werden. Seiner Verpflichtung zur Überwachung der Hilfslehrer kommt der Leiter der Skischule nur nach, wenn er sie wenigstens zeitweise auch bei der Erteilung des Unterrichts selbst beobachtet oder durch bei ihm angestellte staatlich geprüfte Skilehrer beobachten läßt.“

5. § 5 erhält folgende Fassung:

„§ 5

Untersagung

Eine Skischule oder Skilanglaufschule, die unter Mißachtung von Vorschriften dieser Verordnung betrieben wird, kann gemäß Art. 26 in Verbindung mit Art. 24 EUG untersagt werden, wenn den Mängeln trotz Aufforderung der Schulaufsichtsbehörde nicht innerhalb einer festzulegenden Frist von längstens drei Tagen abgeholfen worden ist.“

§ 8

Inkrafttreten

Diese Verordnung tritt am 1. November 1982 in Kraft.

München, den 18. Juni 1982

**Bayerisches Staatsministerium
für Unterricht und Kultus**

Prof. Hans Maier, Staatsminister

**Verordnung
zur Übertragung von Aufgaben nach dem
Bundesbaugesetz auf den Zweckverband
Donau-Hafen Deggendorf**

Vom 21. Juni 1982

Auf Grund des § 147 Abs. 1 des Bundesbaugesetzes in Verbindung mit § 1 des Gesetzes über Ermächtigungen zum Erlaß von Rechtsverordnungen vom 3. Juli 1961 (BGBl I S. 856) und § 1 Abs. 1 Satz 1 der Verordnung über die Zuständigkeit zum Erlaß von Rechtsverordnungen vom 23. Oktober 1962 (GVBl S. 281) erläßt das Bayerische Staatsministerium des Innern im Einvernehmen mit der Stadt Deggendorf folgende Verordnung:

§ 1

Die Befugnis zur Aufstellung von Bebauungsplänen für den in der Verbandssatzung des Zweckverbandes Donau-Hafen Deggendorf — Zweckverband — (Bekanntmachung der Regierung von Niederbayern vom 7. April 1982 Nr. 230 - 4378 c 7 - 9, RABl S. 35) festgelegten räumlichen Wirkungsbereich wird auf den Zweckverband übertragen.

§ 2

(1) Dem Zweckverband werden ferner die Aufgaben, Rechte und Befugnisse der Stadt Deggendorf

- a) zum Erlaß von Veränderungssperren und zur Zurückstellung von Baugesuchen (§§ 14 ff. BBauG),
- b) zur Ausübung der gesetzlichen Vorkaufsrechte der Stadt (§§ 24 ff. BBauG),
- c) zur Durchführung der Umlegung (§ 45 ff. BBauG) und
- d) zur Grenzregelung (§§ 80 ff. BBauG)

für den räumlichen Wirkungsbereich des Zweckverbandes übertragen.

(2) Der Zweckverband tritt für seinen räumlichen Wirkungsbereich bei Enteignungen nach den §§ 85 ff. BBauG an die Stelle der Stadt Deggendorf.

§ 3

Diese Verordnung tritt am 1. August 1982 in Kraft.

München, den 21. Juni 1982

Bayerisches Staatsministerium des Innern

G. T a n d l e r, Staatsminister

**Verordnung
zur Übertragung von Aufgaben der
Lastverteilung für elektrische Energie
auf Gruppenlastverteiler
(Elektrizitätsgruppenlastverteilungs-
Verordnung — EltGrLastVO)**

Vom 24. Juni 1982

Auf Grund des Art. 1 des Gesetzes über die Übertragung von Aufgaben der Lastverteilung nach der Elektrizitätslastverteilungs-Verordnung und der Gaslastverteilungs-Verordnung vom 23. Dezember 1977 (GVBl S. 758) erläßt das Bayerische Staatsministerium für Wirtschaft und Verkehr folgende Verordnung:

§ 1

(1) Die Regierungen werden als Gruppenlastverteiler im Sinne von § 2 Nr. 1 der Elektrizitätslastverteilungs-Verordnung vom 21. Juli 1976 (BGBl I S. 1833) bestimmt.

(2) ¹Zur Durchführung der Gruppenlastverteilung richten die Regierungen besondere Stellen ein. ²Sie tragen die Bezeichnung „Gruppenlastverteilerstelle für elektrische Energie“ mit dem Bezeichnen des Gruppenlastverteilungsgebiets gemäß der **Anlage** zu dieser Verordnung.

§ 2

(1) Die Grenzen der Gruppenlastverteilungsgebiete und ihre Bezeichnungen ergeben sich aus der **Anlage** zu dieser Verordnung.

(2) Der Wirkungskreis der Gruppenlastverteilerstellen für elektrische Energie erstreckt sich auf die nach Absatz 1 bestimmten Gruppenlastverteilungsgebiete.

§ 3

(1) Die Gruppenlastverteiler sind, soweit Absatz 2 nichts anderes bestimmt, zuständig für den Erlaß von Verfügungen

1. an Unternehmen und Betriebe, die elektrische Energie erzeugen, weiterleiten oder verteilen, über
 - a) die Erzeugung, Weiterleitung, Umwandlung, Umspannung, Zuteilung, Abgabe, den Bezug und die Verwendung elektrischer Energie,
 - b) die Herstellung, Instandhaltung, Abgabe, Verbringung, Verwendung, Instandsetzung und Veränderung von ortsfesten und beweglichen Anlagen und Produktionsmitteln, die für die Versorgung mit elektrischer Energie erforderlich sind,
 - c) die Lagerung, Vorratshaltung, Abgabe und Verwendung von Waren der gewerblichen Wirtschaft, die für eine Versorgung mit elektrischer Energie erforderlich sind,
2. an Verbraucher über die Zuteilung, den Bezug und die Verwendung elektrischer Energie sowie den Ausschluß vom Bezug elektrischer Energie.

(2) Das Staatsministerium für Wirtschaft und Verkehr als Gebietslastverteiler ist zuständig für den Erlaß von Verfügungen

1. nach Absatz 1 Nr. 1, soweit die Maßnahmen
 - a) das Hochspannungsnetz mit einer Nennspannung von 220 kV und höher oder andere Netz-

teile von überregionaler Bedeutung, die vom Gebietslastverteiler im einzelnen bestimmt werden, oder

- b) Kraftwerke, die in dieses Netz ganz oder teilweise einspeisen, oder andere Kraftwerke von übergeordneter Bedeutung, die vom Gebietslastverteiler im einzelnen bestimmt werden,

betreffen,

2. soweit die Verfügung eine Bedeutung hat, die über das Gebiet einzelner Gruppenlastverteiler hinausgeht,
3. bei Gefahr im Verzug, wenn die Maßnahme vom Gruppenlastverteiler nicht, nicht fristgerecht oder nur unter erheblichen Erschwernissen auf dem Weisungswege angeordnet werden könnte,
4. über Anlagen der Deutschen Bundesbahn und der Elektrizitätsversorgungsunternehmen, die ausschließlich der Erzeugung und der Umformung von elektrischer Energie für den Bahnstrombedarf der Deutschen Bundesbahn dienen,
5. die die Verwendung von Bahnstrom betreffen,
6. die in bestehende, die Bahnstromversorgung betreffende Verträge zwischen der Deutschen Bundesbahn und den Elektrizitätsversorgungsunternehmen eingreifen.

(3) ¹Maßnahmen nach Absatz 2 Nr. 4, 5 und 6 dürfen, soweit nicht Gefahr im Verzug ist, nur im Benehmen mit dem Bundeslastverteiler und der zentralen Transportleitung — Bahnstromversorgung — der Deutschen Bundesbahn, Frankfurt am Main, erlassen werden. ²Das Beteiligungsverfahren wird durch eine Vereinbarung mit der Deutschen Bundesbahn geregelt.

(4) Im übrigen gelten die Bestimmungen der Elektrizitätslastverteilungs-Verordnung.

§ 4

(1) Diese Verordnung tritt am 1. August 1982 in Kraft.

(2) Sie darf nur angewendet werden, wenn die Elektrizitätslastverteilungs-Verordnung nach ihrem § 11 Abs. 2 anwendbar ist.

München, den 24. Juni 1982

**Bayerisches Staatsministerium
für Wirtschaft und Verkehr**
Anton J a u m a n n, Staatsminister

Die Gebietsbeschreibungen in dieser Anlage dienen ausschließlich dazu, die Elektrizitätsversorgung im Spannungsfall und im Verteidigungsfall sicherzustellen. Etwaige Änderungen der Versorgungsgebiete werden dadurch nicht berührt.

Die Gruppenlastverteilungsgebiete im Freistaat Bayern umfassen:

Lastverteilungsgebiet V

Gruppenlastverteilungsgebiet VB — Frankfurt am Main-Höchst

den **Regierungsbezirk Unterfranken** mit
der **kreisfreien Stadt Aschaffenburg**,
dem **Landkreis Aschaffenburg** mit den
Gemeinden
Kahl a. Main (mit der Siedlung „Am Kimmelseich“),
Karlstein a. Main,
Kleinostheim,
Mainaschaff,
Stockstadt a. Main
(die übrigen Gemeinden und Gemeindeteile gehören zum Gruppenlastverteilungsgebiet VIII H),

Lastverteilungsgebiet VII

Gruppenlastverteilungsgebiet VII A — Wendlingen

den **Regierungsbezirk Mittelfranken** mit
dem **Landkreis Ansbach** mit der
Gemeinde
Wilburgstetten (mit dem Gemeindeteil Rühlingstetten)
(die übrigen Gemeinden und Gemeindeteile gehören zum Gruppenlastverteilungsgebiet VIII G),

den **Regierungsbezirk Unterfranken** mit
dem **Landkreis Würzburg** mit den
Gemeinden
Aub, St.,
Bieberehren,
Bütthard, M.,
Frickenhäuser a. Main, M.,
Gaukönigshofen,
Giebelstadt, M. (mit dem Gemeindeteil Allersheim),
Kirchheim,
Ochsenfurt, St.,
Riedenheim,
Röttingen, St.,

Anlage

(zur Elektrizitätsgruppenlastverteilungs-Verordnung)

Sonderhofen,
Tauberrettersheim
(die übrigen Gemeinden und Gemeindeteile gehören zu den Gruppenlastverteilungsgebieten VIII G und VIII H),

den **Regierungsbezirk Schwaben** mit
dem **Landkreis Dillingen a. d. Donau** mit den
Gemeinden
Bachhagel,
Bächingen a. d. Brenz,
Gundelfingen a. d. Donau, St. (ohne die Stadtteile Echenbrunn, Hygstetterhof, Peterswörth),
Hausheim,
Lauingen (Donau), St. (mit den Stadtteilen Frauenriedhausen, Veitriedhausen),
Medlingen,
Mödingen,
Syrgenstein,
Wittlingen, M. (ohne den Gemeindeteil Schabringen),
Ziertheim,
Zöschingen
(die übrigen Gemeinden und Gemeindeteile gehören zum Gruppenlastverteilungsgebiet VIII C),
dem **Landkreis Donau-Ries** mit den
Gemeinden
Alerheim,
Amerdingen,
Auhäuser (ohne die Gemeindeteile Heuhof, Linkersbaindt, Pfeifhof, Zirndorf),
Deiningen,
Ederheim,
Ehingen a. Ries,
Forheim,
Fremdingen,
Hainsfarth (ohne die Gemeindeteile Hasenmühle, Steinhart, Ziegelhütte),
Harburg (Schwaben), St. (ohne den Stadtteil Mündling),
Hohenaltheim,
Maihingen,
Marktoffingen,
Megesheim (mit dem Gemeindeteil Megesheim),
Mönchsdeggingen,
Möttingen,
Munningen,
Nördlingen, GKSt.,
Oettingen i. Bay., St.,
Reimlingen,
Wallerstein, M.,

Wechingen,
Wemding, St.

(die übrigen Gemeinden und Gemeindeteile gehören zu den Gruppenlastverteilungsgebieten VIII C und VIII G),

dem **Landkreis Günzburg** mit den

Städten

Günzburg, GKSt. (mit dem Stadtteil Riedhausen b. Günzburg),

Leipheim

(die übrigen Gemeinden und Gemeindeteile gehören zum Gruppenlastverteilungsgebiet VIII C),

Gruppenlastverteilungsgebiet VII B —

Biberach a. d. Riß

den **Regierungsbezirk Schwaben** mit

dem **Landkreis Lindau (Bodensee)** mit den

Gemeindeteilen

Gses, Handwerks, Staudach der Gemeinde Heratz

(die übrigen Gemeinden und Gemeindeteile gehören zum Gruppenlastverteilungsgebiet VIII C),

dem **Landkreis Neu-Ulm** mit den

Gemeinden

Elchingen (mit Ausnahme des Fabrikgeländes Glockeraustraße 2—4),

Neu-Ulm, GKSt. (mit den Stadtteilen Gerlenhofen — mit den westlich der Bahnlinie Neu-Ulm—Kempten (Allgäu) gelegenen Gemarkungsteilen mit Ausnahme des Bahnhofs Gerlenhofen, der Bahnhofsgaststätte sowie dem zum Bahnhof gehörenden Wohngebäude, jedoch mit den östlich der Bahnlinie gelegenen Anwesen Alte Römerstraße 40 und 42, Lindenhof b. Neu-Ulm, Ludwigsfeld — nur Ulmer Hofgut mit dazugehörigen Wohngebäuden entlang des Brunnenweges und Anwesen Alte Römerstraße 43, Reutti — nur mit Anwesen Alte Römerstraße 36 [Metzgerhof]),

Senden, St. (ohne den Stadtteil Aufheim),

Vöhringen, St. (ohne den Stadtteil Vöhringen),

Weißenhorn, St. (mit dem Stadtteil Emershofen)

(die übrigen Gemeinden und Gemeindeteile gehören zum Gruppenlastverteilungsgebiet VIII C),

dem **Landkreis Oberallgäu** mit den

Gemeinden

Altusried, M. (mit den Gemarkungen Frauenzell, Kimratshofen und Muthmannshofen),

Buchenberg, M. (mit den Gemeindeteilen Eschachthal, Exenried, Häfeliswald, Kreuzthal, Ulmerthal, Wolfsberg)

(die übrigen Gemeinden und Gemeindeteile gehören zum Gruppenlastverteilungsgebiet VIII C),

Lastverteilungsgebiet VIII

Gruppenlastverteilungsgebiet VIII A — Dachau

den **Regierungsbezirk Oberbayern** mit

der **kreisfreien Stadt Ingolstadt**,

der **Landeshauptstadt München** (mit den Gemarkungen Allach, Feldmoching, Ludwigsfeld — jedoch ohne die Anwesen Frühaufstraße 44 bis 62 — nur gerade Haus-Nrn. —, ohne das nördliche Eckgrundstück der Hintermeierstraße östlich der Lautenschlägerstraße der Gemarkung Allach, sowie ohne das Anwesen Detmoldstraße 29 und das Bundeswehrgelände südlich der Rathenaustraße, zwischen Schleißheimer Straße und Knorrstraße der Gemarkung Feldmoching sowie außerhalb dieser Gemarkungen mit den Anwesen Augustenfelder Straße 17 bis 25 — nur ungerade Haus-Nrn. —, Frühaufstraße 23 bis 37 — nur ungerade Haus-Nrn. —, Lossenstraße 12, Untere Mühlstraße 6, Ludwigsfelder Straße 100, 102, 106, 176 a, 178 a, 190 bis 210 — nur gerade Haus-Nrn., Trollblumenweg 7 bis 41 — nur ungerade Haus-Nrn., Borsigweg 85, 87, Feldmochinger Straße 199, 201, 203, Rockefellerstraße 2 bis 32 — nur gerade Haus-Nrn.; das übrige Gebiet der Landeshauptstadt München gehört zum Gruppenlastverteilungsgebiet VIII B),

der **kreisfreien Stadt Rosenheim**,

dem **Landkreis Altötting** mit der

Gemeinde

Pleiskirchen (ohne die Gemeindeteile der früheren Gemeinde Wald b. Winhöring sowie ohne die Gemeindeteile Heisting, Hochstraß, Kothingbuchbach)

(die übrigen Gemeinden und Gemeindeteile gehören zum Gruppenlastverteilungsgebiet VIII D),

dem **Landkreis Bad Tölz-Wolfratshausen**,

dem **Landkreis Berchtesgadener Land** mit den

Gemeinden

Bad Reichenhall, GKSt.,

Bayerisch Gmain,

Berchtesgaden, M.,

Bischofswiesen,

Marktschellenberg, M.,

Ramsau b. Berchtesgaden,

Schneizlreuth,

Schönau a. Königssee,

Teisendorf, M. (mit den Gemeindeteilen Adligstadt, Atzlbach, Au, Fuchssteig, Graben, Grub, Gschwend, Hinterloh, Hochhorn, Höbering, Kendl, Krainwinkl, Loch, Mauerreuten, Mitterstatt, Neukirchen a. Teisenberg, Oberreut, Point, Rainer, Reut, Schnaitt, Schütz, Schwarzenberg, Spittenreut, Stadl, Surbergbichl, Vorderloh, Wald, Weitwies, Wetzelsberg, Wildberg der ehemaligen Gemeinde Neukirchen a. Teisenberg und den Gemeindeteilen Hochöd, Klötzel, Seiberstadt der ehemaligen Gemeinde Freidling)

(die übrigen Gemeinden und Gemeindeteile gehören zum Gruppenlastverteilungsgebiet VIII D),

dem **Landkreis Dachau**,

dem **Landkreis Ebersberg**,

dem **Landkreis Eichstätt** mit den

Gemeinden

Eitensheim,

Gaimersheim, M.,

Großmehring,

Hepberg,

Kösching, M. (ohne den Gemeindeteil Bettbrunn),

Lenting,

Oberdolling,

Pförring, M. (ohne die Gemeindeteile Forchheim,

Lobsing, Pirkenbrunn),

Stammham,

Wettstetten

(die übrigen Gemeinden und Gemeindeteile gehören zu den Gruppenlastverteilungsgebieten VIII C, VIII D und VIII G),

dem **Landkreis Erding** mit den

Gemeinden

Berglern,

Bockhorn (ohne die Gemeindeteile Köhl und Windham),

Buch a. Buchrain,

Dorfen, St. (ohne die Stadtteile Eglafing, Haus, Herrnöd, Jaibing, Landersdorf, Rogglfing, Scherghub),

Eitting,

Erding, St.,

Finsing,

Forstern,

Fraunberg (mit den Gemeindeteilen Felben, Frankendorf, Grafing, Grucking, Harham, Hating, Helling, Lohkirchen, Pillkofen, Reichenkirchen, Tittenkofen),

Isen, M.,

Langenpreising (mit dem Gemeindegebiet westlich des Mittleren-Isar-Kanals),

Lengdorf (ohne die Gemeindeteile Nodering und Schafflding),

Moosinning,

Neuching,

Oberding,

Ottenhofen,

Pastetten,

Sankt Wolfgang,

Taufkirchen (Vils) (mit den Gemeindeteilen Achatsberg, Altbach, Baum, Blainöd, Brandhub, Brügelsöd, Eitelsberg, Forach, Fraunberg, Fürstbach, Geiering, Geratsberg, Glockshub, Hauseck, Hauslehen, Hienfurth, Hochöd, Hof, Holzheu, Hudlberg, Johannrettenbach, Kalmhuber, Kammerlehen, Kronberg, Lain, Laushub, Lederstätt, Neuhub, Reichenhaid, Rottberg, Seilstorf, Seisenberg, Valtlstraß, Vieth, Weinberg, Wicheling, Wies, Zeil, Zieglhub),

Walpertskirchen,

Wartenberg, M. (mit dem Gemeindeteil Manhartsdorf sowie der Misanlage der Fa. Reif und den Anwesen Brielmair, Gäch, Huber, Riedl),

Wörth

(die übrigen Gemeinden und Gemeindeteile gehören zum Gruppenlastverteilungsgebiet VIII D),

dem **Landkreis Freising** ohne die bei den Gruppenlastverteilungsgebieten VIII B und VIII D aufgeführten Gemeinden und Gemeindeteile,

dem **Landkreis Fürstenfeldbruck**,

dem **Landkreis Garmisch-Partenkirchen**,

dem **Landkreis Landsberg a. Lech** mit den

Gemeinden

Dießen a. Ammersee, M.,

Eching a. Ammersee,

Eresing,

Geltendorf (mit den Gemeindeteile Bürnast, Geltendorf, Hausen b. Geltendorf, Jedelstetten, Kaltenberg),

Greifenberg,

Schondorf a. Ammersee,

Utting a. Ammersee,

Windach (ohne den Gemeindeteil Schöffelding)

(die übrigen Gemeinden und Gemeindeteile gehören zum Gruppenlastverteilungsgebiet VIII C),

dem **Landkreis Miesbach**,

dem **Landkreis Mühldorf a. Inn** ohne die zum Gruppenlastverteilungsgebiet VIII D gehörenden Gemeinden und Gemeindeteile,

dem **Landkreis München**,

dem **Landkreis Neuburg-Schrobenhausen** ohne die

Märkte

Burgheim (Gemeindeteile Burgheim, Eschling, Illdorf, Kunding und Wengen),

Rennertshofen,

dem **Landkreis Pfaffenhofen a. d. Ilm**,

dem **Landkreis Rosenheim**,

dem **Landkreis Starnberg**,

dem **Landkreis Traunstein** mit den

Gemeinden

Altenmarkt a. d. Alz (ohne den Gemeindeteil Nock und die Werkzeugmaschinenfabrik Alzmetall),

Bergen,

Chieming,

Engelsberg (ohne die beim Gruppenlastverteilungsgebiet VIII D aufgeführten Gemeindeteile),

Grabenstätt (ohne die Gemeindeteile der früheren Gemeinde Erlstätt, jedoch mit den Gemeindeteilen Innerlohen und Kraimoos),

Grassau, M.,

Inzell,

Kienberg,

Marquartstein,

Nußdorf (mit dem Gemeindeteil Sondermoning),

Obing,

Pittenhart,

Reit im Winkel,

Ruhpolding,

Schleching,

Schnaitsee,
 Seon-Seebruck,
 Siegsdorf,
 Staudach-Egerndach,

Surberg (mit den Gemeindeteilen Andrichstadt, Brucklehen, Diepoltstadt, Lehen in Surberg, Leiten, Lerchen, Moos, Oberhöhenwald, Rausch, Ried, Roßbruck, Spiegelsberg, Tandlmaier, Wimm),

Tacherting (ohne die beim Gruppenlastverteilungsgebiet VIII D aufgeführten Gemeindeteile),
 Traunreut, St. (mit den Stadtteilen Attenmoos, Neugaden, Sieglreit, Walding),

Traunstein, GKSt. (mit den Stadtteilen Abstreit, Bergwiesen, Eppenstatt, Graben, Hochberg, Höfen, Holzleiten, Kirchleiten, Mitterbichl, Öd i. d. Pechschneid, Paulöd, Rutzöd),

Trostberg, St. (mit dem Gebiet der früheren Gemeinde Oberfeldkirchen, jedoch ohne den Stadtteil Schwarzerberg),

Übersee,

Unterwössen,

Vachendorf (ohne die Gemeindeteile Hasperting, Mühlen, Schlecht, Spielwang, Vachendorf)

(die übrigen Gemeinden und Gemeindeteile gehören zum Gruppenlastverteilungsgebiet VIII D),

dem **Landkreis Weilheim-Schongau** mit den

Gemeinden

Antdorf,

Bernried,

Böbing,

Eberfing,

Eglfing,

Habach,

Huglfing,

Iffeldorf,

Oberhausen,

Obersöchering,

Pähl,

Peißenberg, M. (ohne die Gemeindeteile Sankt Georg, Sankt Michael, Tritschenkreut),

Penzberg, St.,

Polling,

Prem,

Raisting,

Rottenbuch (mit den Gemeindeteilen Schleifmühle, Schönberg, Schönegg — nur Anwesen Schleifmühlenweg 4, 6 und 7 —, Schwaigg),

Seeshaupt,

Sindelsdorf,

Steingaden (mit den Gemeindeteilen Biberchwöll, Bichl, Brandstatt, Egart, Fronreiten, Gogel, Graben, Hiebler, Kreuzberg, Lindegg, Moos, Resle, Schlatt, Schlauch, Schwarzenbach, Wies, Wiesle),

Weilheim i. OB, St.,

Wessobrunn,

Wielenbach,

Wildsteig

(die übrigen Gemeinden und Gemeindeteile gehören zum Gruppenlastverteilungsgebiet VIII C),

den **Regierungsbezirk Niederbayern** mit

dem **Landkreis Kelheim** mit den

Gemeinden

Aiglshach,

Mainburg, St. (ohne die beim Gruppenlastverteilungsgebiet VIII D aufgeführten Stadtteile),

Ratzenhofen (mit den Gemeindeteilen Appersdorf, Elsendorf, Emersdorf, Grubmühle, Haunsbach, Ratzenhofen)

(die übrigen Gemeinden und Gemeindeteile gehören zum Gruppenlastverteilungsgebiet VIII D),

dem **Landkreis Landshut** mit den

Gemeinden

Velden, M. (mit den beim Gruppenlastverteilungsgebiet VIII D aufgeführten Gemeindeteilen),

Wurmsham (mit den beim Gruppenlastverteilungsgebiet VIII D aufgeführten Gemeindeteilen)

(die übrigen Gemeinden und Gemeindeteile gehören zum Gruppenlastverteilungsgebiet VIII D),

dem **Landkreis Rottal-Inn** mit den

Gemeinden

Gangkofen, M. (mit den beim Gruppenlastverteilungsgebiet VIII D aufgeführten Gemeindeteilen),

Geratskirchen (mit den beim Gruppenlastverteilungsgebiet VIII D aufgeführten Gemeindeteilen),

Massing, M. (mit den Gemeindeteilen Kieswimm und Kreuzöd)

(die übrigen Gemeinden und Gemeindeteile gehören zum Gruppenlastverteilungsgebiet VIII D),

den **Regierungsbezirk Schwaben** mit

dem **Landkreis Aichach-Friedberg** mit den

Gemeinden

Adelshausen,

Aichach, St.,

Dasing (mit den Gemeindeteilen Hinterholz, Hohleneich, Kreit, Laimering, Malzhausen, Rieden, Tattenhausen, Zieglbach),

Eurasburg (mit den Gemeindeteilen Brand, Brugger, Freienried, Ganswies, Hergertswiesen, Kalteneck),

Hollenbach,

Inchenhofen, M.,

Kühbach, M.,

Merching,

Mering, M.,

Pöttmes, M. (ohne die beim Gruppenlastverteilungsgebiet VIII C aufgeführten Gemeindeteile),

Ried (ohne den Gemeindeteil Hörmannsberg),

Schiltberg,

Sielenbach,
Steindorf
(die übrigen Gemeinden und Gemeindeteile gehören zum Gruppenlastverteilungsgebiet VIII C),

Gruppenlastverteilungsgebiet VIII B — München

den **Regierungsbezirk Oberbayern** mit
der **Landeshauptstadt München** ohne das zum Gruppenlastverteilungsgebiet VIII A gehörende Gebiet,
dem **Landkreis Freising** mit den
Gemeinden
Gammelsdorf (mit den Gemeindeteilen Gelbersdorf, Giglberg, Hiendlberg, Landersdorf, Reichersdorf, Willersdorf),
Mauern (mit den Gemeindeteilen Alpersdorf, Bergmühle, Beselmühle, Dürnseiboldsdorf, Freundsbach, Hanslmühle, Hartshausen, Mauern, Niederndorf, Riedlmühle, Schwarzersdorf, Wollersdorf),
Moosburg a. d. Isar, St. (ohne das Gebiet der früheren Gemeinde Pfrombach),
Wang
(die übrigen Gemeinden und Gemeindeteile gehören zu den Gruppenlastverteilungsgebieten VIII A und VIII D),

Gruppenlastverteilungsgebiet VIII C — Augsburg

den **Regierungsbezirk Schwaben** mit
der **kreisfreien Stadt Augsburg**,
der **kreisfreien Stadt Kaufbeuren**,
der **kreisfreien Stadt Kempten (Allgäu)**,
der **kreisfreien Stadt Memmingen**,
dem **Landkreis Aichach-Friedberg** mit den
Gemeinden
Affing,
Aindling, M.,
Dasing (ohne die beim Gruppenlastverteilungsgebiet VIII A aufgeführten Gemeindeteile),
Eurasburg (mit den Gemeindeteilen Eurasburg, Habermühl, Hinterholz, Pfandlaich, Rehrosbach),
Friedberg, St.,
Kissing,
Obergriesbach,
Petersdorf,
Pöttmes, M. (mit den Gemeindeteilen Ebenried, Echsheim, Kühnhausen, Osterzhausen, Reicherstein, Stuben, Wiesenbach),
Rehling,
Ried (mit dem Gemeindeteil Hörmannsberg),
Schmiechen,
Totenweis
(die übrigen Gemeinden und Gemeindeteile gehören zum Gruppenlastverteilungsgebiet VIII A),

dem **Landkreis Augsburg**,
dem **Landkreis Dillingen a. d. Donau** ohne die zum Gruppenlastverteilungsgebiet VII A gehörenden Gemeinden und Gemeindeteile,
dem **Landkreis Donau-Ries** mit den
Gemeinden
Asbach-Bäumenheim,
Buchdorf,
Daiting,
Donauwörth, St.,
Fünfstetten,
Genderkingen,
Harburg (Schwaben), St., (mit dem Stadtteil Mündling),
Holzheim,
Huisheim,
Kaisheim, M.,
Marxheim,
Megesheim (ohne den Gemeindeteil Megesheim),
Mertingen,
Monheim, St.,
Münster,
Niederschönenfeld,
Oberndorf a. Lech,
Otting,
Rain, St.,
Rögling,
Tagmersheim,
Tapfheim
(die übrigen Gemeinden und Gemeindeteile gehören zu den Gruppenlastverteilungsgebieten VII A und VIII G),
dem **Landkreis Günzburg** ohne die
Städte
Günzburg, GKSt. (Stadtteil Riedhausen b. Günzburg),
Leipheim,
dem **Landkreis Lindau (Bodensee)** ohne die
Gemeindeteile
Gses, Handwerks, Staudach der Gemeinde Heratz,
dem **Landkreis Neu-Ulm** ohne die zum Gruppenlastverteilungsgebiet VII B gehörenden Gemeinden und Gemeindeteile,
dem **Landkreis Oberallgäu** ohne die von österreichischer Seite versorgte Gemeinde Balderschwang, sowie ohne die beim Gruppenlastverteilungsgebiet VII B aufgeführten Gemeinden und Gemeindeteile,
dem **Landkreis Ostallgäu**,
dem **Landkreis Unterallgäu**,
den **Regierungsbezirk Oberbayern** mit
dem **Landkreis Eichstätt** mit dem
Gemeindeteil
Ensfeld des Marktes Mörnshiem

(die übrigen Gemeinden und Gemeindeteile gehören zu den Gruppenlastverteilungsgebieten VIII A, VIII D und VIII G),

dem **Landkreis Landsberg a. Lech** ohne die zum Gruppenlastverteilungsgebiet VIII A gehörenden Gemeinden und Gemeindeteile,

dem **Landkreis Neuburg-Schrobenhausen** mit den **Märkten**

Burgheim (mit den Gemeindeteilen Burgheim, Eschling, Illdorf, Kunding, Wengen),
Rennertshofen

(die übrigen Gemeinden und Gemeindeteile gehören zum Gruppenlastverteilungsgebiet VIII A),

dem **Landkreis Weilheim-Schongau** mit den **Gemeinden**

Altenstadt,

Bernbeuren,

Burgen,

Hohenfurch,

Hohenpeißenberg,

Ingenried,

Peißenberg, M. (mit den Gemeindeteilen Sankt Georg, Sankt Michael, Tritschenkreut),

Peiting, M.,

Rottenbuch (ohne die Gemeindeteile Schleifmühle, Schönberg, Anwesen Schleifmühlenweg 4, 6 und 7 des Gemeindeteils Schöneegg, Schwaig),

Schongau, St.,

Schwabbruck,

Schwabsoien,

Steingaden (ohne die beim Gruppenlastverteilungsgebiet VIII A aufgeführten Gemeindeteile)

(die übrigen Gemeinden und Gemeindeteile gehören zum Gruppenlastverteilungsgebiet VIII A),

Gruppenlastverteilungsgebiet VIII D — Amberg

den **Regierungsbezirk Oberpfalz** mit

der **kreisfreien Stadt Amberg**,

der **kreisfreien Stadt Regensburg**,

der **kreisfreien Stadt Weiden i. d. OPf.**,

dem **Landkreis Amberg-Sulzbach** ohne die

Gemeinden

Auerbach i. d. OPf., St. (Stadtteile Lehnershof, Ranna und Rauhenstein),

Weigendorf (jedoch mit den Gemeindeteilen Haunritz, Heilbronnental, Hellberg, Högen, Untertlangfeld),

dem **Landkreis Cham**,

dem **Landkreis Neumarkt i. d. OPf.**, ohne die

Stadtteile

Braunshof, Freystadt, Michelbach, Mörsdorf, Reckenstetten, Rothenhof, Rumleshof, Schöllnhof der Stadt Freystadt,

dem **Landkreis Neustadt a. d. Waldnaab** ohne die **Gemeindeteile**

Höflas und Vorbach der Gemeinde Vorbach,

dem **Landkreis Regensburg**,

dem **Landkreis Schwandorf**,

dem **Landkreis Tirschenreuth** mit den

Gemeinden

Bärnau, St.,

Erbendorf, St.,

Falkenberg, M.,

Friedenfels,

Fuchsmühl, M. (ohne den Gemeindeteil Herzogöd, jedoch mit dem Wasserhochbehälter des Zweckverbandes zur Wasserversorgung der Steinwaldgruppe),

Kastl,

Kemnath, St.,

Krummennaab,

Kulmain (mit den Gemeindeteilen Kulmain und Oberbruck),

Leonberg (ohne die Gemeindeteile Altenhammer, Forkatshof, Hofteich, Königshütte, Neuhof, Neumühle, Pfaffenreuth, Terschnitz, Wiendlhof),

Mähring, M.,

Mitterteich, St. (mit den Stadtteilen Großensterz, Hammermühle, Kleinstertz, Mitterteich, Oberteich),

Plößberg, M.,

Pullenreuth (mit den Gemeindeteilen Kronau, Trevesen, Trevesenhammer),

Reuth b. Erbendorf,

Tirschenreuth, St.,

Wiesau, M.

(die übrigen Gemeinden und Gemeindeteile gehören zum Gruppenlastverteilungsgebiet VIII E),

den **Regierungsbezirk Oberbayern** mit

dem **Landkreis Altötting** ohne die

Gemeinde

Pleiskirchen (jedoch mit den Gemeindeteilen der früheren Gemeinde Wald b. Winhöring sowie mit den Gemeindeteilen Heisting, Hochstraß und Kothingbuchbach),

dem **Landkreis Berchtesgadener Land** mit den

Gemeinden

Ainring,

Anger,

Freilassing, St.,

Laufen, St.,

Piding,

Saaldorf,

Teisendorf, M. (ohne die beim Gruppenlastverteilungsgebiet VIII A aufgeführten Gemeindeteile)

(die übrigen Gemeinden und Gemeindeteile gehören zum Gruppenlastverteilungsgebiet VIII A),

dem **Landkreis Eichstätt** mit den

Gemeinden

Altmanstein, M.,

Beilngries, St.,

Kösching, M. (mit dem Gemeindeteil Bettbrunn),

Mindelstetten,

Pförring, M. (mit den Gemeindeteilen Forchheim, Lobsing, Pirkenbrunn)

(die übrigen Gemeinden und Gemeindeteile gehören zu den Gruppenlastverteilungsgebieten VIII A, VIII C und VIII G),

dem **Landkreis Erding** mit den

Gemeinden

Bockhorn (mit den Gemeindeteilen Köhl und Windham),

Dorfen, St. (mit den Stadtteilen Eglafing, Haus, Herrnöd, Jaibing, Landersdorf, Rogglfing, Scherghub),

Fraunberg (ohne die Gemeindeteile Felben, Frankendorf, Grafing, Grucking, Harham, Hating, Helling, Lohkirchen, Pillkofen, Reichenkirchen, Tittenkofen),

Hohenpolding,

Inning a. Holz,

Kirchberg,

Langenpreising (mit dem Gemeindegebiet östlich des Mittleren-Isar-Kanals),

Lengdorf (mit den Gemeindeteilen Nodering und Schaftlding),

Steinkirchen,

Taufkirchen (Vils) (ohne die beim Gruppenlastverteilungsgebiet VIII A aufgeführten Gemeindeteile),

Wartenberg, M. (ohne den Gemeindeteil Manhartsdorf, die Mischanlage der Fa. Reif und ohne die Anwesen Brielmair, Gäch, Huber, Riedl)

(die übrigen Gemeinden und Gemeindeteile gehören zum Gruppenlastverteilungsgebiet VIII A),

dem **Landkreis Freising** mit den

Gemeinden

Gammelsdorf (ohne die Gemeindeteile Gelbersdorf, Giglberg, Hiendlberg, Landersdorf, Reichersdorf, Willersdorf),

Hörgertshausen,

Mauern (mit den Gemeindeteilen Besenried, Enghausen, Geiting, Grub, Hufnagelreuth, Nußberg, Oberndorf, Wildenreuth),

Moosburg a. d. Isar, St. (mit den Stadtteilen der früheren Gemeinde Pfrombach),

Rudelzhausen (mit den Gemeindeteilen Agstall, Aign, Bergmühle, Giebitz, Grafendorf, Grub, Hebrontshausen, Kreuth, Lohschneider, Maierhof, Neubauer, Niederreith, Oberreith, Peterloh, Pimmerdorf, Pumpernudl, Ried, Stolzshof, Straßhäusl, Straßlehen, Tegernbach — jedoch ohne die Anwesen Auer Straße 26 und Nandlstädter Straße 28 und 30 —, Weiher, Weingarten, Winklmann)

(die übrigen Gemeinden und Gemeindeteile gehören zu den Gruppenlastverteilungsgebieten VIII A und VIII B),

dem **Landkreis Mühldorf a. Inn** mit den

Gemeinden

Egglkofen (ohne den Gemeindeteil Piesenkofen),

Erharting (ohne die Gemeindeteile Frixing, Hermansthal, Neuhäusl, Rohrbach, Schoßbach),

Mühldorf a. Inn, St. (ohne die Stadtteile Altmühldorf und Mößling),

Polling (mit den Gemeindeteilen Annabrunn, Eck, Ehring, Flohberg, Forsting, Kainau, Obermörmoosen, Schoßmühle),

Schönberg (ohne die Gemeindeteile Aspertscham, Braunrott, Ellwichtern, Frosching, Gehertsham, Groislmühl, Hargassen, Hinzing, Höhfurth, Misthilgen, Niedereck, Reichenrott, Wiesling)

(die übrigen Gemeinden und Gemeindeteile gehören zum Gruppenlastverteilungsgebiet VIII A),

dem **Landkreis Traunstein** mit den

Gemeinden

Altenmarkt a. d. Alz (mit dem Gemeindeteil Nock und der Werkzeugmaschinenfabrik Alzmetall),

Engelsberg (mit den Gemeindeteilen Aicher, Aicher a. Kaindl, Aigl, Aikerting, Balghub, Birner, Dunstenstein, Ecking, Eder a. d. Mörn, Eiting, Engelsberg, Feichten, Forsting, Gailhausen, Gatterhub, Gießmühle, Hafing, Haider, Höbering, Hungerhub, Inhausen, Kühberg, Lindach, Losbichl, Lupperting, Maierhof, Niederstein, Oberau, Oberharrer, Offenham, Osenstätten, Ottenthal, Pächmann, Pürn, Renegarn, Schabing, Scheitzened, Starfling, Stetten, Straß, Trost, Unterau, Unterharrer, Vogleck, Vorderdorfen, Weger, Wiesmühl a. d. Alz, Wölkham, Wollmannstetten, Zeilerer),

Fridolfing,

Grabenstätt (mit den Gemeindeteilen der früheren Gemeinde Erlstätt, jedoch ohne die Gemeindeteile Innerlohen und Kraimoos),

Kirchanschöring,

Nußdorf (ohne den Gemeindeteil Sondermoning),

Palling,

Petting,

Surberg (ohne die beim Gruppenlastverteilungsgebiet VIII A aufgeführten Gemeindeteile),

Tacherting (mit den Gemeindeteilen Aichmühle, Außerperl, Brandstätt, Degernfeld, Eberting, Fern, Flecking, Förgenthal, Galgenpoint, Gerading, Haselreit, Heimhilgen, Hochholzen, Hochreit, Hütting, Laab, Lengloh, Lohen, Mitterfelden, Mittermühle, Neudeck, Neuschalchen, Oberbrunnham, Otzen, Pinzgau, Reit, Schalchen, Schermühle, Schönlinden, Schörging, Schweinberg, Spreit, Straß, Tacherting, Unterbrunnham, Wajon, Wartmoning),

Taching a. See,

Tittmoning, St.,

Traunreut, St. (ohne die Stadtteile Attenmoos, Neugaden, Sieglreit, Walding),

Traunstein, GKSt. (ohne die Stadtteile Abstreit, Bergwiesen, Eppenstatt, Graben, Hochberg, Höfen, Holzleiten, Kirchleiten, Mitterbichl, Öd i. d. Pechschneid, Paulöd, Rutzöd),

Trostberg, St. (ohne das Gebiet der früheren Gemeinde Oberfeldkirchen, jedoch mit dem Stadtteil Schwarzerberg),

Vachendorf (mit den Gemeindeteilen Hasper-
ting, Mühlen, Schlecht, Spielwang, Vachendorf),
Waging a. See, M.,

Wonneberg

(die übrigen Gemeinden und Gemeindeteile gehören zum Gruppenlastverteilungsgebiet VIII A),

den **Regierungsbezirk Niederbayern** mit

der **kreisfreien Stadt Landshut**,

der **kreisfreien Stadt Passau**,

der **kreisfreien Stadt Straubing**,

dem **Landkreis Deggendorf**,

dem **Landkreis Dingolfing-Landau**,

dem **Landkreis Freyung-Grafenau**,

dem **Landkreis Kelheim** ohne die

Gemeinden

Aiglsbach,

Mainburg, St. (mit Ausnahme der Stadtteile Aignerhof, Frauenberg, Kleingundertshausen, Mittermühle, Obermühle, Rothmühle sowie der Grundstücke Fl.-Nrn. 1011 und 1011/2 der Gemarkung Sandelzhausen),

Ratzenhofen (Gemeindeteile Aichberg, Appersdorf, Elsendorf, Emersdorf, Grubmühle, Hartmühle, Haunsbach, Ratzenhofen),

dem **Landkreis Landshut** ohne die

Gemeinden

Velden, M. (Gemeindeteile Baueröd, Brandstätt, Eberlsöd, Eggersgrub, Eglso, Eichten, Erlach, Exenberg, Feuchten, Fischbach, Futteröd, Futtersöd, Giglberg — ehem. Gde. Babing, Glocksberg, Guntersberg, Herrneck, Hinterkobl, Hinteröd, Hirschhof, Irreck, Irrthal, Kothlehen, Kremshub, Lahn, Lehen, Leiten, Maierhof, Maierdorf, Miethal, Moosing, Nehaid, Oberensbach, Paulusberg, Pretzkobl, Putzenberg, Rimberg, Rothweg, Rundthal, Schlegelsreit, Schmiten, Schurfsöd, Schwarzbeck, Schwarzmoos, Seidlthal, Spindlhäusl, Spitzlbach, Stietenöd, Unterebach, Wagensberg, Willgrub, Zweifurth),

Wurmsham (Gemeindeteile Auburg, Faltern, Hangersmühle, Harham, Kining, Pretzshof, Ried, Riedberg, Vohburg, Weibering),

dem **Landkreis Passau**,

dem **Landkreis Regen**,

dem **Landkreis Rottal-Inn** ohne die

Gemeinden

Gangkofen, M. (Gemeindeteile Baumgarten, Bleibrunn, Elsenberg — Anwesen Bauer, Fl.-Nr. 202 der Gemarkung Panzing —, Giglöd, Kager, Kobl bei Nutzbach, Kolbeck, Leitl, Nutzbach, Oberalmsham, Schelnlohe, Scherzlhambach, Schöffthal, Unteralmsham),

Geratskirchen (Gemeindeteile Brandstetten, Breitendorf, Deckstatt, Hiltelsberg, Hinterwimm, Holzen, Poxöd, Wiesen),

Massing, M. (Gemeindeteile Kieswimm und Kreuzöd),

dem **Landkreis Straubing-Bogen**,

den **Regierungsbezirk Oberfranken** mit

dem **Landkreis Bayreuth** mit der

Stadt

Pegnitz (mit den Stadtteilen Birkmühle, Großkrausmühle, Kleinkrausmühle, Lobensteig, Neuhof, Penzenreuth, Pertenhof, Troschenreuth, Weidelwangermühle) und der

Gemeinde

Speichersdorf (mit den Gemeindeteilen Beerhof, Guttenthau, Holzmühle, Rosenhof, Roslas, Teufelhammer, Wirbenz)

(die übrigen Gemeinden und Gemeindeteile gehören zu den Gruppenlastverteilungsgebieten VIII E und VIII F),

den **Regierungsbezirk Mittelfranken** mit

dem **Landkreis Nürnberger Land** mit der

Gemeinde

Hartenstein (mit dem Gemeindeteil Loch)

(die übrigen Gemeinden und Gemeindeteile gehören zu den Gruppenlastverteilungsgebieten VIII F und VIII G),

dem **Landkreis Roth** mit den

Stadtteilen

Finstermühle und Harrlach der Stadt Roth

(die übrigen Gemeinden und Gemeindeteile gehören zum Gruppenlastverteilungsgebiet VIII G),

Gruppenlastverteilungsgebiet VIII E — Bayreuth

den **Regierungsbezirk Oberfranken** mit

der **kreisfreien Stadt Bayreuth**,

der **kreisfreien Stadt Hof**,

dem **Landkreis Bayreuth** mit den

Gemeinden

Bad Berneck i. Fichtelgebirge, St.,

Bindlach,

Bischofsgrün,

Creußen, St. (ohne die Stadtteile Lindhardt, Oberhöhlmühle, Unterhöhlmühle),

Eckersdorf (mit den Gemeindeteilen Donndorf, Eckersdorf, Forst, Hardt, Lohe, Matzenberg, Oberwaiz, Schanz, Schloß Fantasie, Tröbersdorf),

Emtmannsberg,

Fichtelberg,

Gefrees, St.,

Gesees,

Glashütten (mit dem Gemeindeteil Altenhim-
mel),

Goldkronach, St.,

Haag,

Heinersreuth,

Hummeltal (ohne die Gemeindeteile Hinterklee-
bach, Moritzmühle, Moritzreuth, Neumühle,
Weiglathal),

Kirchenpingarten,

Mehlmeisel,

Mistelbach,

Mistelgau (mit den beim Gruppenlastverteilungs-
gebiet VIII F aufgeführten Gemeindeteilen),

Pegnitz, St. (mit den Stadtteilen Buchau, Haid-
mühle, Langenreuth, Lehm, Pegnitz — mit Aus-
nahme der Anwesen Alte-Post-Straße 38, 42, 44,
46, 50, 54, 56, Ganghoferstraße 1 bis 13 —
gerade und ungerade Haus-Nrn. und Gangho-
ferstraße 15, Heinrich-Lersch-Straße 1, 2, 3, 4,
5, 7, 9, Ludwig-Thoma-Straße 1, 2, 4, 6, Wilhelm-
Busch-Straße 1, 2, 3, 5 bis 12 — gerade und un-
gerade Haus-Nrn., Jean-Paul-Straße 21, 23, 25,
27, Roseggerstraße 18, 22, Victor-von-Scheffel-
Straße 2, 4, 6, 8, 12, Stadionstraße 11, 13, 15, 17,
18, 20, 21, 22, 23, Leidigstraße 10 bis 18 — ge-
rade und ungerade Haus-Nrn. und Leidigstraße
20, St.-Joseph-Straße 18 bis 26 — nur gerade
Haus-Nrn., Wichernstraße 4, 6, 8, 9, 11 —, Rosen-
hof, Scharthammer, Stemmenreuth, Wolfslohe,
Zips),

Prebitz,

Schnabelwaid, M.,

Seybothenreuth,

Speichersdorf (ohne die Gemeindeteile Beerhof,
Guttenthau, Holzmühle, Rosenhof, Roslas, Teu-
felhammer, Wirbenz),

Warmensteinach,

Weidenberg, M.

(die übrigen Gemeinden und Gemeindeteile ge-
hören zu den Gruppenlastverteilungsgebieten
VIII D und VIII F),

dem **Landkreis Hof**,

dem **Landkreis Kronach** ohne die

Gemeindeteile

Angerwüstung, Bätzenwüstung, Bohls-
wüstung, Dickenwüstung, Froschgrün, Häusles,
Hof a. d. Steinach, Horb a. d. Steinach, Hütten-
wüstung, Leutendorf, Lochleithen, Mitwitz,
Neubau, Neundorf, Reuterwüstung, Schnitzers-
wüstung, Schwärzdorf, Steinach a. d. Steinach
des Marktes Mitwitz,

dem **Landkreis Kulmbach** ohne die

Gemeindeteile

Azendorf des Marktes Kasendorf,

Alladorf, Lochau, Tannfeld, Trumsdorf des
Marktes Thurnau

sowie ohne den Markt Wonsees,

dem **Landkreis Lichtenfels** mit den

Gemeinden

Altenkunstadt (ohne die Gemeindeteile Baiers-
dorf, Maineck, Prügel),

Burgkunstadt, St.,

Lichtenfels, St. (mit dem Stadtteil Isling),

Marktgraitz, M.,

Marktzeuln, M. (mit den Gemeindeteilen Horb
und Zettlitz),

Redwitz a. d. Rodach,

Weismain, St. (mit den beim Gruppenlast-
verteilungsgebiet VIII F aufgeführten Stadttei-
len, jedoch ohne das auf Fl.-Nr. 1039/8 der Ge-
markung Weismain gelegene Altenheim)

(die übrigen Gemeinden und Gemeindeteile ge-
hören zum Gruppenlastverteilungsgebiet
VIII F),

dem **Landkreis Wunsiedel i. Fichtelgebirge**,

den **Regierungsbezirk Oberpfalz** mit

dem **Landkreis Neustadt a. d. Waldnaab** mit den

Gemeindeteilen

Höflas und Vorbach der Gemeinde Vorbach

(die übrigen Gemeinden und Gemeindeteile ge-
hören zum Gruppenlastverteilungsgebiet
VIII D),

dem **Landkreis Tirschenreuth** mit den

Gemeinden

Brand,

Ebnath,

Fuchsmühl, M. (mit dem Gemeindeteil Herzog-
öd, jedoch ohne den Wasserhochbehälter des
Zweckverbandes zur Wasserversorgung der
Steinwaldgruppe),

Immenreuth,

Konnersreuth, M.,

Kulmain (ohne die Gemeindeteile Kulmain und
Oberbruck),

Leonberg (mit den beim Gruppenlastverteilungs-
gebiet VIII D aufgeführten Gemeindetei-
len),

Mitterteich, St. (mit den Stadtteilen Großbüchl-
berg, Gulg, Kleinbüchlberg, Pechofen, Pleußen,
Steinmühle),

Neualbenreuth, M.,

Neusorg,

Pechbrunn,

Pullenreuth (ohne die Gemeindeteile Kronau,
Trevesen, Trevesenhammer),

Waldershof, St.,

Waldsassen, St.

(die übrigen Gemeinden und Gemeindeteile ge-
hören zum Gruppenlastverteilungsgebiet
VIII D)

Gruppenlastverteilungsgebiet VIII F — Bamberg

den **Regierungsbezirk Oberfranken** mit

der **kreisfreien Stadt Bamberg**,

der **kreisfreien Stadt Coburg**,

dem **Landkreis Bamberg**,

dem **Landkreis Bayreuth** mit den

Gemeinden

Ahorntal,

Aufseß,

Betzenstein, St.,
 Creußen, St. (mit den Stadtteilen Lindenhartd, Oberhöhlmühle, Unterhöhlmühle),
 Eckersdorf (ohne die beim Gruppenlastverteilungsgebiet VIII E aufgeführten Gemeindeteile),
 Glashütten (mit dem Gemeindeteil Glashütten),
 Hollfeld, St.,
 Hummeltal (mit den Gemeindeteilen Hinterkleebach, Moritzmühle, Moritzreuth, Neumühle, Weiglathal),
 Mistelgau (ohne die Gemeindeteile Culm obere, Culm untere, Engelmäß, Hundshof, Laimen, Lenz, Mistelgau, Moosing, Schobertsberg, Schobertsreuth, Seitenbach, Tennig),
 Pegnitz, St. (ohne die Stadtteile Birkmühle, Buchau, Großkrausmühle, Haidmühle, Kleinkrausmühle, Langenreuth, Lehm, Lobensteig, Neuhoft, Pegnitz — jedoch mit den beim Gruppenlastverteilungsgebiet VIII E aufgeführten Anwesen —, Penzenreuth, Pertenhof, Rosenhof, Scharthammer, Stemmenreuth, Troschenreuth, Weidelwangermühle, Wolfslohe, Zips),
 Plankenfels,
 Plech, M.,
 Pottenstein, St.,
 Waischenfeld, St.
 (die übrigen Gemeinden und Gemeindeteile gehören zu den Gruppenlastverteilungsgebieten VIII E und VIII D),
 dem **Landkreis Coburg**,
 dem **Landkreis Forchheim**,
 dem **Landkreis Kronach**
 mit den beim Gruppenlastverteilungsgebiet VIII E aufgeführten Gemeindeteilen des Marktes Mitwitz,
 dem **Landkreis Kulmbach** mit den
 M ä r k t e n
 Kasendorf (mit dem Gemeindeteil Azendorf),
 Thurnau (mit den Gemeindeteilen Alladorf, Lochau, Tannfeld, Trumsdorf),
 Wonseees
 (die übrigen Gemeinden und Gemeindeteile gehören zum Gruppenlastverteilungsgebiet VIII E),
 dem **Landkreis Lichtenfels** mit den
 G e m e i n d e n
 Altenkunstadt (mit den Gemeindeteilen Baiersdorf, Mainneck, Prügel),
 Ebensfeld, M.,
 Hochstadt a. Main,
 Lichtenfels, St. (ohne den Stadtteil Isling),
 Marktzeuln, M. (mit dem Gemeindeteil Marktzeuln),
 Michelau i. OFr.,
 Staffelstein, St.,
 Weismain, St. (ohne die Stadtteile Berghaus, Bernreuth, Erlach, Giechkröttendorf, Kordigast, Lochhaus, Oberloch, Weismain — jedoch mit dem auf Fl.-Nr. 1039/8 der Gemarkung Weismain gelegenen Altenheim)

(die übrigen Gemeinden und Gemeindeteile gehören zum Gruppenlastverteilungsgebiet VIII E),

den **Regierungsbezirk Mittelfranken** mit
 der **kreisfreien Stadt Erlangen** (ohne die Stadtteile Hüttendorf, Kriegenbrunn und Tennenlohe),
 dem **Landkreis Erlangen-Höchstadt** ohne die
 G e m e i n d e n
 Buckenhof,
 Eckental, M.,
 Heroldsberg, M.,
 Herzogenaurach, St. (Stadtteile Burgstall, Dondörflein, Höfen, Steinbach, Zweifelsheim),
 Höchstadt a. d. Aisch, St. (Stadtteile Antoniuskapelle, Greiendorf, Greienmühle, Sterpersdorf, Weidendorf),
 Kalchreuth,
 Lonnerstadt, M. (Gemeindeteile Lonnerstadt und Mailach),
 Marloffstein,
 Spardorf,
 Uttenreuth,
 dem **Landkreis Neustadt a. d. Aisch-Bad Windsheim** mit den
 G e m e i n d e n
 Baudenbach, M. (mit den Gemeindeteilen Höfen und Mönchsberg),
 Burghaslach, M. (ohne die Gemeindeteile Burghaslach und Fürstenforst),
 Dachsbad, M. (mit den Gemeindeteilen Rauchenberg und Ziegelhütte),
 Markt Bibart, M. (mit dem Gemeindeteil Ziegenbach),
 Münchsteinach (ohne den Gemeindeteil Münchsteinach),
 Oberscheinfeld, M.,
 Scheinfeld, St. (mit den Stadtteilen Burgambach, Einsiedelei, Erlabronn, Kornhöfstadt, Neuses, Schnodsenbach, Zeisenbronn),
 Uehlfeld, M. (mit den Gemeindeteilen Eselsmühle, Hohenmühle, Schornweisach, Wallmershof)
 (die übrigen Gemeinden und Gemeindeteile gehören zum Gruppenlastverteilungsgebiet VIII G),
 dem **Landkreis Nürnberger Land** mit den
 G e m e i n d e n
 Hartenstein (mit dem Gemeindeteil Engenthal),
 Neuhaus a. d. Pegnitz, M.,
 Simmelsdorf (mit den Gemeindeteilen Großengsee, Ittling, Mittelnäfermühle, Oberachtel, Obernäfermühle, Sankt Helena, Strahlenfels, Unternäfermühle, Wildenfels, Winterstein),
 Velden, St. (mit den Stadtteilen Pfaffenhofen und Viehhofen)
 (die übrigen Gemeinden und Gemeindeteile gehören zu den Gruppenlastverteilungsgebieten VIII G und VIII D),

den **Regierungsbezirk Unterfranken** mit

dem **Landkreis Haßberge** mit den

Gemeinden

Breitbrunn,

Burgpreppach, M. (mit dem Gemeindeteil Leuzendorf i. UFr.),

Ebelsbach (ohne den Gemeindeteil Steinbach),

Ebern, St.,

Eltmann, St.,

Kirchlauter,

Königsberg i. Bay., St. (mit den Stadtteilen Bühl und Köslau),

Maroldsweisach, M.,

Oberaurach,

Pfarrweisach,

Rauhenebrach,

Rentweinsdorf, M.,

Stettfeld,

Unterberzbach

(die übrigen Gemeinden und Gemeindeteile gehören zum Gruppenlastverteilungsgebiet VIII H),

dem **Landkreis Kitzingen** mit den

Gemeinden

Castell (mit den Gemeindeteilen Greuth und Wüstenfelden),

Geiselwind, M.,

Iphofen, St. (mit den Stadtteilen Birklingen und Bruckhof),

Markt Einersheim, M. (mit dem Gemeindeteil Neubauhof)

(die übrigen Gemeinden und Gemeindeteile gehören zu den Gruppenlastverteilungsgebieten VIII G und VIII H),

den **Regierungsbezirk Oberpfalz** mit

dem **Landkreis Amberg-Sulzbach** mit den

Stadtteilen

Lehnershof, Ranna, Rauhenstein der Stadt Auerbach i. d. OPf.

(die übrigen Gemeinden und Gemeindeteile gehören zu den Gruppenlastverteilungsgebieten VIII D und VIII G),

Gruppenlastverteilungsgebiet VIII G — Nürnberg

den **Regierungsbezirk Mittelfranken** mit

der **kreisfreien Stadt Ansbach**,

der **kreisfreien Stadt Erlangen** (mit den Stadtteilen Hüttendorf, Kriegenbrunn und Tennenlohe — die übrigen Stadtteile gehören zum Gruppenlastverteilungsgebiet VIII F),

der **kreisfreien Stadt Fürth**,

der **kreisfreien Stadt Nürnberg**,

der **kreisfreien Stadt Schwabach**,

dem **Landkreis Ansbach** ohne den zum Gruppenlastverteilungsgebiet VII A gehörenden Gemeindeteil Rühlingstetten der Gemeinde Wilburgstetten,

dem **Landkreis Erlangen-Höchstadt** mit den beim Gruppenlastverteilungsgebiet VIII F aufgeführten Gemeinden und Gemeindeteilen,

dem **Landkreis Fürth**,

dem **Landkreis Neustadt a. d. Aisch-Bad Windsheim** ohne die zum Gruppenlastverteilungsgebiet VIII F gehörenden Gemeinden und Gemeindeteile,

dem **Landkreis Nürnberger Land** ohne die bei den Gruppenlastverteilungsgebieten VIII F und VIII D aufgeführten Gemeinden und Gemeindeteile,

dem **Landkreis Roth** ohne die Stadtteile Finstermühle und Harrlach der Stadt Roth,

dem **Landkreis Weißenburg-Gunzenhausen**,

den **Regierungsbezirk Unterfranken** mit

dem **Landkreis Kitzingen** ohne die

Gemeinden

Castell (Gemeindeteile Greuth und Wüstenfelden),

Geiselwind, M.,

Iphofen, St. (Stadtteile Birklingen und Bruckhof),

Markt Einersheim, M. (Gemeindeteil Neubauhof),

Prichsenstadt, St.,

Sommerach,

Volkach, St.,

Wiesentheid, M. (jedoch mit den Gemeindeteilen Feuerbach, Obere Papiermühle, Untere Papiermühle),

dem **Landkreis Würzburg** mit den

Gemeinden

Bergtheim (mit den Gemeindeteilen Bergtheim und Dipbach),

Eibelstadt, St.,

Eisenheim, M.,

Estenfeld,

Gelchsheim, M.,

Gerbrunn,

Geroldshausen,

Giebelstadt, M. (ohne den Gemeindeteil Allersheim),

Kürnach,

Oberpleichfeld,

Prosselsheim,

Randersacker, M.,

Reichenberg, M.,

Rottendorf,

Sommerhausen, M.,

Theilheim,

Unterpleichfeld (ohne den Gemeindeteil Hilpertshausen),

Winterhausen, M.

(die übrigen Gemeinden und Gemeindeteile gehören zu den Gruppenlastverteilungsgebieten VIII H und VII A),

den **Regierungsbezirk Oberbayern** mit dem **Landkreis Eichstätt** mit den

Gemeinden

Adelschlag,

Böhmfeld,

Buxheim,

Denkendorf,

Dollnstein, M.,

Egweil,

Eichstätt, GKSt.,

Hitzhofen,

Kinding, M.,

Kipfenberg, M.,

Mörsheim, M. (ohne den Gemeindeteil Ens-
feld),

Nassenfels, M.,

Pollenfeld,

Schernfeld,

Titting, M.,

Walting,

Wellheim, M.

(die übrigen Gemeinden und Gemeindeteile gehören zu den Gruppenlastverteilungsgebieten VIII A, VIII C und VIII D),

den **Regierungsbezirk Schwaben** mit

dem **Landkreis Donau-Ries** mit den

Gemeinden

Auhausen (mit den Gemeindeteilen Heuhof,
Linkersbaindt, Pfeifhof, Zirndorf),

Hainsfarth (mit den Gemeindeteilen Hasenmüh-
le, Steinhart, Ziegelhütte),

Megesheim (mit den Gemeindeteilen Lerchen-
bühl und Unterappenberg),

Wolferstadt

(die übrigen Gemeinden und Gemeindeteile ge-
hören zu den Gruppenlastverteilungsgebieten
VII A und VIII C),

den **Regierungsbezirk Oberpfalz** mit

dem **Landkreis Amberg-Sulzbach** mit der

Gemeinde

Weigendorf (mit den Gemeindeteilen Breiten-
thal, Deinsdorf, Ernüll, Fallmühle, Oed, Wei-
gendorf)

(die übrigen Gemeinden und Gemeindeteile ge-
hören zu den Gruppenlastverteilungsgebieten
VIII D und VIII F),

dem **Landkreis Neumarkt i. d. OPf.** mit der

Stadt

Freystadt (mit den Stadtteilen Braunschhof, Frey-
stadt, Michelbach, Mörsdorf, Reckenstetten,
Rothenhof, Rumleshof, Schöllnhof)

(die übrigen Gemeinden und Gemeindeteile ge-
hören zum Gruppenlastverteilungsgebiet
VIII D),

Gruppenlastverteilungsgebiet VIII H — Würzburg

den **Regierungsbezirk Unterfranken** mit

der **kreisfreien Stadt Schweinfurt**,

der **kreisfreien Stadt Würzburg**,

dem **Landkreis Aschaffenburg** ohne die beim Grup-
penlastverteilungsgebiet V B aufgeführten Ge-
meinden und Gemeindeteile,

dem **Landkreis Bad Kissingen**,

dem **Landkreis Haßberge** ohne die beim Gruppen-
lastverteilungsgebiet VIII F aufgeführten Ge-
meinden und Gemeindeteile,

dem **Landkreis Kitzingen** mit den

Gemeinden

Prichsenstadt, St.,

Sommerach,

Volkach, St.,

Wiesentheid, M. (ohne die Gemeindeteile Feuer-
bach, Obere Papiermühle, Untere Papiermühle)

(die übrigen Gemeinden und Gemeindeteile ge-
hören zu den Gruppenlastverteilungsgebieten
VIII F und VIII G),

dem **Landkreis Main-Spessart**,

dem **Landkreis Miltenberg**,

dem **Landkreis Rhön-Grabfeld**,

dem **Landkreis Schweinfurt**,

dem **Landkreis Würzburg** mit den

Gemeinden

Altertheim,

Bergtheim (mit dem Gemeindeteil Opferbaum),

Eisingen,

Erlabrunn,

Greußenheim,

Güntersleben,

Hausen b. Würzburg,

Helmstadt, M.,

Hettstadt,

Höchberg,

Holzkirchen,

Kist,

Kleinrinderfeld,

Leinach,

Margetshöchheim,

Neubrunn, M.,

Remlingen, M.,

Rimpar, M.,

Thüngersheim,

Uettingen,

Unterpleichfeld (mit dem Gemeindeteil Hil-
pertshausen),

Veitshöchheim,
Waldbrunn,
Waldbüttelebrunn,
Zell a. Main, M.

(die übrigen Gemeinden und Gemeindeteile gehören zu den Gruppenlastverteilungsgebieten VIII G und VII A).

* * *

Die Abkürzungen nach den Gemeindenamen haben folgende Bedeutung:

- GKSt. = Große Kreisstadt
- St. = Stadt
- M. = Markt

Übersichtskarte über die EIt-Gruppenlastverteilungsgebiete in Bayern



**Verordnung
zur Änderung der Badeverordnung**

Vom 29. Juni 1982

Auf Grund des Art. 27 Abs. 2 des Landesstraft- und Verordnungsgesetzes erläßt das Bayerische Staatsministerium des Innern folgende Verordnung:

§ 1

§ 2 Abs. 2 Nr. 2 der Badeverordnung vom 18. September 1974 (GVBl S. 494), geändert durch Verordnung vom 17. März 1981 (GVBl S. 70), wird aufgehoben; die nachfolgenden Nummern 3 bis 5 werden Nummern 2 bis 4.

§ 2

Diese Verordnung tritt am 16. Juli 1982 in Kraft.

München, den 29. Juni 1982

Bayerisches Staatsministerium des Innern

G. T a n d l e r, Staatsminister

**Verordnung
über die Festsetzung der Zulassungszahlen der im Studienjahr 1982/83 an
wissenschaftlichen Hochschulen in den
wissenschaftlichen Studiengängen als
Studienanfänger sowie im höheren
Fachsemester aufzunehmenden Bewerber
(Zulassungszahlverordnung 1982/83)**

Vom 29. Juni 1982

Auf Grund des Art. 2 Abs. 1 und Art. 3 des Gesetzes zur Ausführung des Staatsvertrages über die Vergabe von Studienplätzen vom 23. November 1979 (GVBl S. 363) erläßt das Bayerische Staatsministerium für Unterricht und Kultus folgende Verordnung:

§ 1

(1) An den nachfolgend genannten Hochschulen werden in den jeweils aufgeführten Studiengängen die Zahlen der zum Wintersemester 1982/83 als Studienanfänger in das erste Fachsemester aufzunehmenden Studenten sowie die Zulassungszahlen für die höheren Fachsemester wie folgt festgesetzt:

a) Studiengänge mit dem Abschluß Diplom, Magister, Promotion (als erstem Abschluß) oder Staatsexamen (ohne Lehramt)

Hochschule/Studiengänge	Fachsemester									
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10
Universität Augsburg										
Pädagogik	92									
Rechtswissenschaft	204									
Universität Bamberg										
Betriebswirtschaft	141									
Pädagogik	157									
Psychologie	34	0	31	0	29	0	26	25		
Universität Bayreuth										
Betriebswirtschaft	200									
Biologie	40	0	40	0	40	0	40	0		
Geoökologie	42	0	40	0	37	0	35	0		
Pädagogik	66									
Rechtswissenschaft	252									
Universität München										
Betriebswirtschaft	200	187	200	187	200	187	200	187		
Biologie	110	0	110	0	110	0	110	0		
Chemie	152	0	152	0	152	0	152	0		
Forstwissenschaft	93	0	85	0	78	0	72	0		
Germanistik	400									
Geschichte	140									
Geologie	68	1	61	1	55	1	49	1		
Journalistik	30									
Lebensmittelchemie	7	7	6	6	6	6	6	5		
Medizin Vorklinik	350	350	350	350						
Klinik	353	353	353	353	353	353				
Pädagogik	136									
Pharmazie	86	86	86	86	86	86	86			
Psychologie	113	0	113	0	113	0	113	0		
Rechtswissenschaft	778	0	810	0	720	0	641			

Hochschule/Studiengänge	Fachsemester									
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10
Sonderpädagogik	25									
Soziologie	120									
Theaterwissenschaften	214									
Tiermedizin	237	0	233	0	230	0	227	0	223	
Volkswirtschaft	300	231	215	166	154	119	111	85		
Wirtschaftspädagogik	45	44	44	43	43	42	41	41		
Zahnmedizin	45	45	45	45	45	45	45	45	45	45
Zeitungswissenschaften	300									
Universität Passau										
Betriebswirtschaft	246									
Pädagogik	40									
Rechtswissenschaft	451									
Universität Regensburg										
Betriebswirtschaft	247									
Biologie	106	0	86	0	70	0	56	0		
Medizin Vorklinik	290	0	271	0						
Pädagogik	148									
Pharmazie	96	0	92	0	88	0	84			
Psychologie	74	0	66	0	59	0	53	0		
Rechtswissenschaft	300									
Universität Würzburg										
Betriebswirtschaft	120	50	105	44	91	38	80	33		
Biologie	119	0	109	0	101	0	92	0		
Lebensmittelchemie	10	0	10	0	10	0	10	0		
Medizin Vorklinik	163	163	163	163						
Klinik	173	172	173	172	173	172				
Pädagogik	65									
Pharmazie	50	50	50	50	50	50	50			
Psychologie	44	42	42	40	40	38	38	36		
Rechtswissenschaft	350									
Zahnmedizin	39	39	38	38	38	37	38	37	38	37

b) Studiengänge mit dem Abschluß Erste Staatsprüfung für das Lehramt an Gymnasien

Universität Bayreuth

Biologie 25 0 25 0 25 0 25 0

Universität München

Biologie 60 0 60 0 60 0 60 0

Chemie 60 0 60 0 60 0 60 0

Germanistik 140

Geschichte 60

Wirtschaftswissenschaften 20 5 20 5 20 5 20 5

Universität Regensburg

Biologie 55 0 44 0 35 0 27 0

Universität Würzburg

Biologie 42 0 31 0 24 0 18 0

c) Studiengänge mit dem Abschluß Erste Staatsprüfung für sonstige Lehrämter

Universität Bamberg

Psychologie mit schulpсихologischen Schwerpunkt 24 0 21 0 19 0 17 0

Hochschule/Studiengänge	Fachsemester									
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10
Universität Bayreuth										
Biologie, Lehramt an Real-, Grund- und Hauptschulen	30	0	30	0	30	0				
Universität München										
Beratungslehrer	31	0	31	0	31	0	31	0		
Biologie, Lehramt an Real-, Grund- und Hauptschulen	30	0	30	0	30	0				
Chemie, Lehramt an Real-, Grund- und Hauptschulen	20	0	20	0	20	0				
Didaktik der Grundschule Lehramt an Grundschulen	163	0	163	0	163	0				
Lehramt an Sonderschulen	150	0	150	0	150	0				
Germanistik, Lehramt an Real-, Grund- und Hauptschulen	85									
Geschichte, Lehramt an Real-, Grund- und Hauptschulen	35									
Psychologie mit schulp-psychologischem Schwerpunkt	69	0	61	0	54	0	47	0		
Sonderpädagogische Fachrichtungen	203	0	193	0	184	0				
Universität Regensburg										
Biologie, Lehramt an Real-, Grund- und Hauptschulen	49	0	39	0	31	0				
Didaktik der Grundschule Lehramt an Grundschulen	112									
Universität Würzburg										
Biologie, Lehramt an Real-, Grund- und Hauptschulen	66	0	60	0	54	0				

(2) An den nachfolgend genannten Hochschulen werden in den jeweils aufgeführten Studiengängen die Zahlen der zum Sommersemester 1983 als Studienanfänger in das erste Fachsemester aufzunehmenden Studenten sowie die Zulassungszahlen für die höheren Fachsemester wie folgt festgesetzt:

a) Studiengänge mit dem Abschluß Diplom, Magister, Promotion (als erstem Abschluß) oder Staatsexamen (ohne Lehramter)

Universität Augsburg

Pädagogik	1
Rechtswissenschaft	0

Universität Bamberg

Betriebswirtschaft	0
Pädagogik	40
Psychologie	0 33 0 30 0 27 0 25

Universität Bayreuth

Betriebswirtschaftslehre	20
Biologie	0 40 0 40 0 40 0 40
Geoökologie	0 41 0 38 0 36 0 34
Pädagogik	0
Rechtswissenschaft	0

Universität München

Betriebswirtschaft	187	200	187	200	187	200	187	200
Biologie	0	110	0	110	0	110	0	110
Chemie	0	152	0	152	0	152	0	152

Hochschule/Studiengänge	Fachsemester									
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10
Forstwissenschaft	0	89	0	82	0	75	0	69		
Germanistik	69									
Geschichte	28									
Geologie	1	64	1	58	1	52	1	47		
Journalistik	0									
Lebensmittelchemie	7	7	6	6	6	6	6	5		
Medizin Vorklinik	350	350	350	350						
Klinik	353	353	353	353	353	353				
Pädagogik	0									
Pharmazie	86	86	86	86	86	86	86			
Psychologie	0	113	0	113	0	113	0	113		
Rechtswissenschaft	0	778	0	764	0	679	0			
Sonderpädagogik	0									
Soziologie	67									
Theaterwissenschaften	0									
Tiermedizin	0	235	0	232	0	228	0	225	0	
Volkswirtschaft	273	254	196	182	141	131	101	94		
Wirtschaftspädagogik	45	44	44	43	43	42	41	41		
Zahnmedizin	45	45	45	45	45	45	45	45	45	45
Zeitungswissenschaften	0									
Universität Passau										
Betriebswirtschaft	1									
Pädagogik	1									
Rechtswissenschaft	1									
Universität Regensburg										
Betriebswirtschaft	0									
Biologie	0	95	0	77	0	63	0	51		
Medizin Vorklinik	0	281	0	261						
Pädagogik	0									
Pharmazie	0	94	0	90	0	86	0			
Psychologie	0	70	0	63	0	56	0	50		
Rechtswissenschaft	194									
Universität Würzburg										
Betriebswirtschaft	54	112	47	98	41	85	36	74		
Biologie	0	114	0	105	0	96	0	88		
Lebensmittelchemie	0	10	0	10	0	10	0	10		
Medizin Vorklinik	163	163	163	163						
Klinik	172	173	172	173	172	173				
Pädagogik	42									
Pharmazie	50	50	50	50	50	50	50			
Psychologie	44	43	41	41	39	39	37	37		
Rechtswissenschaft	122									
Zahnmedizin	39	39	38	38	38	38	37	38	37	38

b) Studiengänge mit dem Abschluß Erste Staatsprüfung für das Lehramt an Gymnasien

Universität Bayreuth

Biologie 0 25 0 25 0 25 0 25

Universität München

Biologie 0 60 0 60 0 60 0 60

Chemie 0 60 0 60 0 60 0 60

Germanistik 36

Geschichte 12

Wirtschaftswissenschaften 5 20 5 20 5 20 5 20

Hochschule/Studiengänge	Fachsemester									
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10
Universität Regensburg										
Biologie	0	49	0	39	0	31	0	24		
Universität Würzburg										
Biologie	0	36	0	27	0	20	0	15		
c) Studiengänge mit dem Abschluß Erste Staatsprüfung für sonstige Lehrämter										
Universität Bamberg										
Psychologie mit schulpyschologischem Schwerpunkt	0	23	0	20	0	18	0	16		
Universität Bayreuth										
Biologie, Lehramt an Real-, Grund- und Hauptschulen	0	30	0	30	0	30				
Universität München										
Beratungslehrer	0	31	0	31	0	31	0	31		
Biologie, Lehramt an Real-, Grund- und Hauptschulen	0	30	0	30	0	30				
Chemie, Lehramt an Real-, Grund- und Hauptschulen	0	20	0	20	0	20				
Didaktik der Grundschule Lehramt an Grundschulen	0	163	0	163	0	163				
Lehramt an Sonderschulen	0	150	0	150	0	150				
Germanistik Lehramt an Real-, Grund- und Hauptschulen	17									
Geschichte, Lehramt an Real-, Grund- und Hauptschulen	4									
Psychologie mit schulpyschologischem Schwerpunkt	0	65	0	57	0	50	0	44		
Sonderpädagogische Fachrichtungen	0	198	0	189	0	180				
Universität Regensburg										
Biologie, Lehramt an Real-, Grund- und Hauptschulen	0	44	0	35	0	28				
Didaktik der Grundschule Lehramt an Grundschulen	0									
Universität Würzburg										
Biologie, Lehramt an Real-, Grund- und Hauptschulen	0	63	0	57	0	52				

§ 2

(1) In den Studiengängen, die an den in § 1 genannten Hochschulen geführt werden, die jedoch in § 1 nicht aufgeführt sind oder für die an der entsprechenden Hochschule keine Zulassungszahlen festgesetzt sind, bestehen keine Zulassungsbeschränkungen.

(2) Soweit für die in § 1 genannten Studiengänge für die höheren Fachsemester keine Zulassungszahlen einschließlich der Zulassungszahl 0 festgesetzt sind, bestehen für die entsprechenden höheren Fachsemester keine Zulassungsbeschränkungen.

(3) Einschreibungsbeschränkungen, die durch die Studienjahreinteilung bedingt sind, bleiben unberührt.

§ 3

(1) Soweit für höhere Fachsemester Zulassungszahlen festgesetzt sind, werden Bewerber für diese Fachsemester in dem Umfang aufgenommen, als die Zahl der im entsprechenden Fachsemester eingeschriebenen

Studenten die jeweils festgesetzten Zulassungszahlen unterschreitet.

(2) In den in § 1 genannten Studiengängen findet eine Zulassung für höhere Fachsemester auch bei Unterschreitung der für das jeweilige Fachsemester festgesetzten Zulassungszahl abweichend von Absatz 1 nicht statt, wenn die Gesamtzahl der den Fachsemestern mit Zulassungsbeschränkungen zuzuordnenden Studenten des betreffenden Studiengangs die Summe der für diesen Studiengang festgesetzten Zulassungszahlen überschreitet.

(3) ¹Im Studiengang Humanmedizin findet eine Zulassung für höhere vorklinische Fachsemester abweichend von Absatz 1 auch bei Unterschreitung der für das jeweilige Fachsemester festgesetzten Zulassungszahl ferner nicht statt, soweit die Zahl der Studenten, die dem ersten bis vierten vorklinischen Fachsemester zuzurechnen sind, höher ist als die Summe der für das erste bis vierte Fachsemester festgesetzten Zulassungszahlen. ²Eine Zulassung zum klinischen Studienabschnitt findet auch bei Unter-

schreitung der für das jeweilige Fachsemester festgesetzten Zulassungszahl ferner nicht statt, soweit die Zahl der Studenten, die dem ersten bis sechsten klinischen Fachsemester zuzurechnen sind, höher ist als die Summe der für das erste bis sechste klinische Fachsemester festgesetzten Zulassungszahlen. ³Zur praktischen Ausbildung in Krankenanstalten werden Bewerber aufgenommen, soweit die Zahl der dort auszubildenden Studenten unter die für das fünfte und sechste klinische Fachsemester festgesetzten Zulassungszahlen sinkt. ⁴§ 2 Abs. 1 Satz 2 der Verordnung über die befristete Immatrikulation und das Weiterstudium von Studenten an Hochschulen mit Teilstudiengängen vom 15. September 1977 (GVBl S. 503) in der jeweils geltenden Fassung bleibt unberührt.

(4) ¹Im Studiengang Zahnmedizin findet eine Zulassung in das höhere Fachsemester abweichend von Absatz 1 auch bei Unterschreiten der für das jeweilige Fachsemester festgesetzten Zulassungszahl nicht statt, soweit die Zahl der Studenten, die dem ersten bis fünften vorklinischen Fachsemester zuzurechnen sind, höher ist als die Summe der für das erste bis fünfte Fachsemester festgesetzten Zulassungszahlen. ²Eine Zulassung zum klinischen Studienabschnitt findet auch bei Unterschreiten der für das jeweilige Fachsemester festgesetzten Zulassungszahl ferner nicht statt, soweit die Zahl der Studenten, die dem ersten bis fünften klinischen Fachsemester zuzurechnen sind, höher ist als die Summe der für das sechste bis zehnte Fachsemester festgesetzten Zulassungszahlen.

§ 4

¹Ein Student ist unabhängig vom Stand der Ausbildung im Einzelfall dem höheren Fachsemester zuzuordnen, das der Zahl der Fachsemester entspricht, für die der Student bisher immatrikuliert war. ²Dies gilt sinngemäß, wenn der Bewerber angerechnete Studienleistungen aus anderen Studiengängen nachweist und auf Grund dieser angerechneten Studienleistungen in ein höheres Fachsemester zugelassen wird.

§ 5

(1) Erreicht die Zahl der Bewerber für einen der in § 1 Abs. 1 Buchst. a und Abs. 2 Buchst. a aufgeführten Studiengänge die dort festgesetzten Zulassungszahlen nicht, so erhöhen sich die Zulassungszahlen der derselben Lehreinheit zugeordneten Studiengänge im Verhältnis der Lehrnachfrage bei der Lehreinheit.

(2) ¹Erreicht die Zahl der Bewerber für einen der in § 1 Abs. 1 Buchst. b und Abs. 2 Buchst. b aufgeführten Studiengänge die dort festgesetzten oder auf

Grund des Absatzes 1 erhöhten Zulassungszahlen nicht, so erhöhen sich die Zulassungszahlen der derselben Lehreinheit zugeordneten Studiengänge in § 1 Abs. 1 Buchst. c und Abs. 2 Buchst. c im Verhältnis der Lehrnachfrage bei der Lehreinheit. ²Dies gilt auch im umgekehrten Falle.

(3) Erreicht die Zahl der Bewerber für einen der in § 1 Abs. 1 Buchst. b und c und Abs. 2 Buchst. b und c aufgeführten Studiengänge die dafür festgesetzten oder auf Grund des Absatzes 2 erhöhten Zulassungszahlen nicht, so erhöhen sich die Zulassungszahlen der derselben Lehreinheit zugeordneten Studiengänge in § 1 Abs. 1 Buchst. a und Abs. 2 Buchst. a im Verhältnis der Lehrnachfrage bei der Lehreinheit.

(4) Erreicht die Zahl der Bewerber für den Studiengang Didaktik der Grundschule/Lehramt an Grundschulen die dafür festgesetzte Zulassungszahl nicht, so erhöht sich die Zulassungszahl des Studiengangs Didaktik der Grundschule/Lehramt an Sonderschulen entsprechend; dies gilt auch im umgekehrten Falle.

(5) Erreicht die Zahl der Bewerber für den Studiengang Beratungslehrer die festgesetzte Zulassungszahl nicht, so erhöht sich die Zulassungszahl des Studiengangs Psychologie mit schulpсихологischem Schwerpunkt um die Hälfte der freigebliebenen Plätze.

§ 6

Im Wintersemester 1982/83 nicht in Anspruch genommene Studienanfängerplätze können in den Studiengängen, in denen nach § 1 Abs. 2 im Sommersemester 1983 Zulassungszahlen festgesetzt sind, zusätzlich mitgegeben werden, sofern nicht für das erste Fachsemester die Zulassungszahl 0 festgesetzt ist.

§ 7

In den in § 1 genannten Studiengängen ist eine Immatrikulation als Gaststudierender nur für solche Unterrichtsveranstaltungen möglich, in denen keine Laborplätze oder andere feste Arbeitsplätze benötigt werden; in den Studiengängen Medizin und Zahnmedizin ist sie ausgeschlossen.

§ 8

Diese Verordnung tritt am 15. Juli 1982 in Kraft; sie tritt am 30. September 1983 außer Kraft.

München, den 29. Juni 1982

**Bayerisches Staatsministerium
für Unterricht und Kultus**

Prof. Hans Maier, Staatsminister

**Verordnung
zur Festsetzung von
Curricularnormwerten
(Curricularnormwertverordnung —
CNWV)**

Vom 29. Juni 1982

Auf Grund des Art. 7 Abs. 3 Satz 6 und Abs. 6 des Staatsvertrages über die Vergabe von Studienplätzen vom 23. Juni 1978 (GVBl S. 769) sowie Art. 10 Abs. 2 des Gesetzes zur Ausführung des Staatsvertrages über die Vergabe von Studienplätzen vom 23. November 1979 (GVBl S. 363) erläßt das Bayerische Staatsministerium für Unterricht und Kultus folgende Verordnung:

§ 1

Bei der Berechnung der jährlichen Aufnahmekapazität nach den Vorschriften des Zweiten Abschnitts der Kapazitätsverordnung (KapVO) vom 28. November 1979 (GVBl S. 420) in der jeweils geltenden Fassung sind für die Studiengänge, für die in der Anlage 2 zur Kapazitätsverordnung ein Curricularnormwert nicht aufgeführt ist, die in der **Anlage** aufgeführten Curricularnormwerte anzuwenden.

§ 2

¹Diese Verordnung tritt am 15. Juli 1982 in Kraft.
²Gleichzeitig tritt die Verordnung zur Festsetzung von Curricularnormwerten (Curricularnormwertverordnung-CNWV) vom 25. Juni 1981 (GVBl S. 212) außer Kraft.

München, den 29. Juni 1982

**Bayerisches Staatsministerium
für Unterricht und Kultus**
Prof. Hans Maier, Staatsminister

Curricularnormwerte

Lfd. Nr.		Curricularnormwert	
A	Studiengänge an wissenschaftlichen Hochschulen (ohne Fachhochschulstudiengänge) mit dem Abschluß Diplom, Magister, Promotion (als erstem Abschluß), Staatsexamen (ohne Lehrämter)		
A 01	Fertigungstechnik		4,2
A 02	Gartenbauwissenschaft		4,2
A 03	Geologie		4,9
A 04	Geoökologie		5,1
A 05	Journalistik		2,5
A 06	Kunstgeschichte		2,8
A 07	Landespflege		4,8
A 08	Ökothropologie (naturwissenschaftlich-ökonomische Richtung)		3,5
A 09	Rechtswissenschaft (einstufige Ausbildung)		4,1
A 10	Sonderpädagogik		2,0
A 11	Staatswissenschaften		1,9
A 12	Theaterwissenschaft		2,2
A 13	Zeitungswissenschaft		2,2
B	Studiengänge mit Lehramtsabschluß	I ¹⁾	II ²⁾
B 01	Beratungslehrer	0,75	—
B 02	Biologie	2,75	3,40
B 03	Chemie	2,25	2,75
B 04	Deutsch	1,40	1,60
B 05	Didaktik der Grundschule	1,50	—
B 06	Erdkunde	1,40	1,60
B 07	Ernährungs- und Hauswirtschaftswissenschaft	—	2,35
B 08	Geschichte	1,40	1,60
B 09	Psychologie mit schulpädagogischem Schwerpunkt	—	2,00
B 10	Sonderpädagogische Fachrichtungen	—	3,00
B 11	Sozialkunde	1,00	1,10
B 12	Wirtschaftswissenschaften	1,00	1,10
C	Aufbaustudiengänge		
C 01	Aufbaustudium Denkmalpflege		1,2
C 02	Städtebauliches Aufbaustudium		1,8
D	Fachhochschulstudiengänge³⁾		
D 01	Architektur		7,0
D 02	Bauingenieurwesen		6,6
D 03	Forstwirtschaft		6,9
D 04	Gartenbau		6,4
D 05	Kartographie/Vermessung		6,4
D 06	Landbau		6,4
D 07	Landespflege		7,1
D 08	Sozialwesen		6,6
D 09	Wirtschaft (einschließlich Tourismus)		5,7

¹⁾ Unterrichtsfach für das Lehramt an Grundschulen bzw. an Hauptschulen, Didaktik der Grundschule, Fach für das Lehramt an Realschulen, Zweifach für das Lehramt an beruflichen Schulen, Qualifikation als Beratungslehrer

²⁾ Fach für das Lehramt an Gymnasien, berufliche Fachrichtung für das Lehramt an beruflichen Schulen, sonderpädagogische Fachrichtungen für das Lehramt an Sonderschulen

³⁾ Für die Betreuung der Studenten während der praktischen Studiensemester an der Ausbildungsstätte durch Lehrpersonen der Fachhochschule kann ein Zuschlag hinzugerechnet werden, der sich nach dem tatsächlichen Betreuungsaufwand im Semester des Stichtags nach § 5 Abs. 1 KapVO und in dem diesem vorausgehenden Semester richtet und 0,1 je praktisches Studiensemester nicht übersteigen darf.

Vierte Verordnung zur Änderung der Verordnung über die befristete Immatrikulation und das Weiterstudium von Studenten an Hochschulen mit Teilstudiengängen

Vom 29. Juni 1982

Auf Grund des Art. 53 Abs. 5 des Bayerischen Hochschulgesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 7. November 1978 (GVBl S. 791, ber. S. 958), zuletzt geändert durch Gesetz vom 22. Oktober 1981 (GVBl S. 465), erläßt das Bayerische Staatsministerium für Unterricht und Kultus folgende Verordnung:

§ 1

§ 2 Abs. 1 Satz 2 der Verordnung über die befristete Immatrikulation und das Weiterstudium von Studenten an Hochschulen mit Teilstudiengängen vom 15. September 1977 (GVBl S. 503), zuletzt geändert durch Verordnung vom 25. Juni 1981 (GVBl S. 214), erhält folgende Fassung:

„Hierbei übernehmen jeweils im Wintersemester

1. die Universität Erlangen-Nürnberg 5 Studenten,
2. die Universität München 41 Studenten,
3. die Universität Würzburg 35 Studenten.“

§ 2

Diese Verordnung tritt am 15. Juli 1982 in Kraft.

München, den 29. Juni 1982

**Bayerisches Staatsministerium
für Unterricht und Kultus**
Prof. Hans Maier, Staatsminister

Zweite Verordnung zur Änderung der Hochschulvergabeverordnung

Vom 29. Juni 1982

Auf Grund des Art. 10 Abs. 2 des Gesetzes zur Ausführung des Staatsvertrages über die Vergabe von Studienplätzen vom 23. November 1979 (GVBl S. 363) erläßt das Bayerische Staatsministerium für Unterricht und Kultus folgende Verordnung:

§ 1

Die Verordnung über die Vergabe von Studienplätzen durch die Hochschulen (Hochschulvergabe-

verordnung — HSchVV) vom 20. Juni 1980 (GVBl S. 292), geändert durch Verordnung vom 25. Juni 1981 (GVBl S. 211), wird wie folgt geändert:

1. § 14 Abs. 2 Satz 2 wird aufgehoben; der bisherige Satz 3 wird Satz 2.
2. Die Anlage wird wie folgt neu gefaßt:

„Anlage

(zu § 14)

Ein Verfahren nach § 14 wird an den nachfolgend genannten Hochschulen für die jeweils im Anschluß an die Hochschule genannten Studiengänge durchgeführt:

1. Universität Erlangen-Nürnberg:

- | | |
|------------------------------|----------|
| a) Elektrotechnik | Diplom |
| b) Geologie/Paläontologie | Diplom |
| c) Germanistik*) | |
| d) Kunstgeschichte | Magister |
| e) Politische Wissenschaften | Magister |
| f) Sozialkunde*) | |
| g) Soziologie | Magister |

2. Universität München:

- | | |
|---|-------------------------|
| a) Beratungslehrer (erziehungswissenschaftliches Erweiterungsstudium) | |
| c) Didaktik der Grundschule*) | |
| b) Chemie*) | |
| d) Geologie/Paläontologie | Diplom |
| e) Germanistik*) | |
| f) Geschichte*) | |
| g) Soziologie | Diplom |
| h) Volkswirtschaft | Diplom |
| i) Wirtschaftswissenschaften | Lehramt an
Gymnasien |

3. Universität Regensburg:

Didaktik der Grundschule

*) Alle nach den Prüfungsordnungen möglichen Abschlüsse.“

§ 2

1 Diese Verordnung tritt am 15. Juli 1982 in Kraft.
2 Sie gilt erstmals für das Vergabeverfahren zum Wintersemester 1982/83.

München, den 29. Juni 1982

**Bayerisches Staatsministerium
für Unterricht und Kultus**
Prof. Hans Maier, Staatsminister

Bayerisches Gesetz- und Verordnungsblatt

Süddeutscher Verlag
 Postfach 20 22 20, 8000 München 2
 Postvertriebsstück — Gebühr bezahlt

**Bekanntmachung
 über die Verbindlicherklärung des
 sachlichen Teilabschnitts „Gebiete,
 die zu Bannwald erklärt werden sollen“
 des Regionalplans der Region Allgäu**

Vom 23. Juni 1982

Auf Grund des Art. 18 Abs. 2 Satz 1 und Abs. 4 des Bayerischen Landesplanungsgesetzes (BayLplG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 4. Januar 1982 (GVBl S. 2), hat das Bayerische Staatsministerium für Landesentwicklung und Umweltfragen im Einvernehmen mit den übrigen Staatsministerien den sachlichen Teilabschnitt „Gebiete, die zu Bannwald erklärt werden sollen“ des Regionalplans der Region Allgäu für verbindlich erklärt. Der räumliche Geltungsbereich des Teilabschnitts des Regionalplans umfaßt die gesamte Region Allgäu (Verordnung über das Landesentwicklungsprogramm Bayern vom 10. März 1976, GVBl S. 123, ber. S. 454, Anlage zu § 1 — LEP —, Teil A II 7.4, Anhang 5).

Der Teilabschnitt des Regionalplans ist bei den kreisfreien Städten Kaufbeuren und Kempten (Allgäu) sowie bei den Landratsämtern Lindau (Bodensee), Oberallgäu und Ostallgäu zur Einsichtnahme für jedermann ab 1. September 1982 ausgelegt. Die

Auslegungszeiten richten sich nach den jeweils festgelegten Zeiten für den Parteiverkehr.

Der Teilabschnitt des Regionalplans tritt am 1. September 1982 in Kraft.

München, den 23. Juni 1982

**Bayerisches Staatsministerium
 für Landesentwicklung und Umweltfragen**
 Alfred Dick, Staatsminister

Hinweis

Folgende Verordnungen wurden im Amtsblatt des Bayerischen Staatsministeriums für Unterricht und Kultus, Teil I, amtlich veröffentlicht:

1. Zweite Verordnung zur Änderung der Verordnung über die ergänzenden Bestimmungen zur Allgemeinen Schulordnung für die Fachoberschulen (EBASchOFOS) vom 21. Mai 1982 (KMBI I S. 245),
2. Achte Verordnung zur Änderung der Verordnung über ergänzende Bestimmungen zur Allgemeinen Schulordnung für die Volksschulen in Bayern vom 15. Juni 1982 (KMBI I S. 246).

Herausgegeben von der Bayerischen Staatskanzlei, Prinzregentenstraße 7, 8000 München 22.

Druck: Süddeutscher Verlag GmbH, Sendlinger Straße 80, 8000 München 2. Bezug nur durch den Verlag, Postfach 20 22 20, 8000 München 2, Postscheckkonto 636 11. Erscheint vierteljährlich voraussichtlich sechsmal. Bezugspreis jährlich DM 38,— (einschließlich MWSt.). Einzelnummer bis 8 Seiten DM 2,30 für je weitere 4 angefangene Seiten DM —,50, ab 48 Seiten Umfang für je weitere 8 angefangene Seiten DM —,50 + Versand. Dieser Einzelverkaufspreis gilt auch für Gesetzblätter, die vor dem 31. Dezember 1980 ausgegeben worden sind.